ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

«PASS AUF, DER WILL DEINEN KEKS!»

Mythen und Fakten zur neuen sozialen Unsicherheit

2., VOLLSTÄNDIG ÜBERARBEITETE UND AKTUALISIERTE AUFLAGE

luxemburg argumente

«Ein Banker, ein Hartz-IV-Empfänger und ein Asylbewerber sitzen an einem Tisch. Auf dem Tisch liegen zwölf Kekse. Der Banker nimmt sich elf Kekse und sagt zum Hartz-IV-Empfänger: ‹Pass auf, der Asylant will deinen Keks.›»

Dieser Witz verbreitete sich vor einiger Zeit in den sozialen Netzwerken. Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, erzählt ihn gern, wenn sie deutlich machen will, wie sozial benachteiligte Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Zwar steht Deutschland im internationalen Vergleich wirtschaftlich gut da. Aber bei vielen Menschen kommt vom Aufschwung wenig an. Im Gegenteil: Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander.

Verunsicherung bestimmt zunehmend das Leben vieler Menschen. Um die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung zu beschreiben, sprechen manche von neuer sozialer Unsicherheit, andere benutzen ein Fremdwort dafür: Prekarisierung.

Oft wird geleugnet, wie sehr wir in eine Schieflage geraten sind. Wenn doch darüber gesprochen wird, geht es vor allem um Angst: die Angst vor dem eigenen Abstieg, die Angst vor denen, die noch weniger haben oder neu hinzukommen. Viele Menschen versuchen, die Zumutungen allein zu bewältigen, weil sie das Gefühl haben, sie müssten sich einfach nur mehr anstrengen. So werden sie vereinzelt und gegeneinander ausgespielt, statt sich gemeinsam zu wehren. Doch spätestens seit 2015, als viele Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind und die völkisch-nationalistische AfD die öffentliche Debatte zunehmend dominierte, spitzt sich die politische Auseinandersetzung zu. Probleme wie fehlende preiswerte Wohnungen, unsichere Arbeitsverhältnisse, marode Schulen oder unterbesetzte Ämter und Behörden lassen sich nicht mehr ignorieren.

Woher kommen die sozialen Umbrüche, und was bedeutet das für die Gesellschaft? Wie können wir dem Gegeneinander-Ausgespielt-Werden eine gemeinsame Perspektive und Solidarität entgegensetzen? Darum geht es in diesem Heft. Es konfrontiert typische Aussagen über soziale Unsicherheit mit Fakten aus einschlägigen Sozialstudien.

INHALT

Die neue soziale Unsicherheit 2
1 Was früher die Unterschicht war, ist heute das Prekariat 2
2 Bald gibt es keine Mittelschicht mehr 7
3 Prekarisierung heißt, dass die Erwerbsarbeit unsicher wird 12
4 Die Digitalisierung verändert alles 16

Gründe für die soziale Spaltung 20
5 Leistungsgerecht ist gerecht 20
6 Kleinere Einschnitte sichern die Zukunft 24
7 Uns geht's doch gut 27
8 Deutschland ist immer der Zahlmeister 31
9 Das Prekariat schert sich nicht um Politik 37
10 Pegida, AfD und Co. sind das Prekariat 41

Zu guter Letzt 46
11 Widerstand ist zwecklos 46

Glossar 51

1

WAS FRÜHER DIE UNTERSCHICHT WAR, IST HEUTE DAS PREKARIAT

«In Deutschland wächst eine neue Unterschicht [...] das abgehängte Prekariat.»
Die Welt[1]

Was wird gesagt?

Neue Armut, Unterschicht, abgehängtes Prekariat … «Deutschland hat ein zunehmendes Problem. Manche nennen es ‹Unterschichten-Problem›», stellte Kurt Beck (SPD) bereits 2006 fest.[2] Die *Bild*-Zeitung schrie in die Welt hinaus: «Sechs Millionen Deutsche gehören zur neuen Unterschicht.»[3] Sie berief sich
2 dabei auf Umfrageergebnisse der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, denen zufolge acht Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland zum «abgehängten Prekariat» zählten.[4]

Was ist dran?

Tatsächlich stimmt ein Befund: Die soziale Ungleichheit wächst. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen und hohem Wirtschaftswachstum verfestigen sich in den unteren Sozialschichten schwierige Lebenslagen. Das Armutsrisiko nimmt zu.[5] Ebenso das Gefühl der Unsicherheit. Dieser Prozess lässt sich auch als «Prekarisierung» beschreiben. Er betrifft jedoch keineswegs nur die Ärmsten.

1 Siems, Dorothea: Diese Gruppen gehören zur Unterschicht, in: Die Welt, 1.11.2009, unter: www.welt.de/5045843. **2** Kurt Beck zit. nach: Volkery, Carsten: Die SPD scheut das U-Wort, in: Der Spiegel, 16.10.2006. **3** Doppelseitige Schlagzeile der *Bild*-Zeitung am 15.10.2006. **4** Vgl. Neugebauer, Gero: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007. **5** Der Anteil der Menschen, die Haushaltseinkommen unter der sogenannten Armutsrisikoschwelle (60 Prozent des Medianeinkommens) beziehen, stieg seit Ende der 1990er Jahre kontinuierlich an. Dasselbe gilt für den Anteil, der in «strenger Armut» (unter 46 Prozent des Medianeinkommens) leben muss, vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Wochenberichte 27/2017 und 19/2019.

Armut und Prekarität nehmen zu – trotz Wirtschaftsaufschwung

Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass sich rund zwölf Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland (gut vier Millionen Menschen) in den vergangenen zehn Jahren dauerhaft in einer prekären Beschäftigungs- und Haushaltslage befanden.[6] Der Großteil dieser Menschen sind Eltern mit Kindern im betreuungspflichtigen Alter, mehrheitlich Frauen. Noch deutlich größer ist der Anteil jener, die sich vorübergehend in prekären Lagen befanden oder von Armut bedroht waren. Die Hauptursache dieser Entwicklung sieht die Studie darin, dass soziale Sicherungssysteme abgebaut wurden und zugleich immer mehr Menschen in Teilzeit- oder Leiharbeit zu niedrigen Löhnen beschäftigt sind.

So hat sich laut Bundesagentur für Arbeit der Anteil der Menschen, die trotz Erwerbsarbeit arm sind, zwischen 2004 und 2014 auf 9,6 Prozent fast verdoppelt. Das war im EU-Vergleich der mit Abstand stärkste Anstieg der Erwerbsarmut – und dies vor dem Hintergrund eines Wirtschaftsaufschwungs, der mit einer Steigerung der Beschäftigungsrate einherging, die ebenfalls höher war als in allen anderen EU-Ländern. Die meisten dieser neuen Jobs sind aber schlecht entlohnt und schlecht abgesichert. So hat sich nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit etwa die Zahl der in Leiharbeit beschäftigten Menschen zwischen 2003 und 2017 auf über eine Million mehr als verdreifacht.[7]

«Aktivierende» Arbeitsmarktpolitik verschärft das Armutsrisiko

Die Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigt auch, dass das Risiko, trotz Erwerbsarbeit arm zu sein, durch eine sogenannte «aktivierende» Arbeitsmarktpolitik steigt, also dann, wenn Lohnersatz- und Sozialleistungen verringert werden und strengere

6 Das heißt, sie verfügten nur über sehr niedrige Einkommen oder Transferleistungen, waren mangelhaft abgesichert, von Armut und teilweise auch gesundheitlicher Beeinträchtigung betroffen und lebten in schlechten oder beengten Wohnverhältnissen, vgl. Promberger, Markus/Jahn, Kerstin/Scheels, Brigitte/Allmendinger, Jutta/Stuth, Stefan: Existiert ein verfestigtes Prekariat?, Working Paper der Hans-Böckler-Stiftung 85, 2018, unter: www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_085_2018.pdf. **7** Leiharbeit ist vor allem in der Logistik, im Maschinenbau und im Sozial- und Gesundheitswesen zunehmend verbreitet, vgl. Detje, Richard/König, Otto: Geschäftsmodell Leiharbeit boomt, sozialismus.de, 27.10.2018, unter: www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/geschaeftsmodell-leiharbeit-boomt/.

HARTZ IV
ROLLTREPPE IN DIE ARMUT FÜR DIE EINEN –
BÖRSENGEWINNE FÜR DIE ANDEREN

Voraussetzungen für den Bezug solcher Leistungen gelten.[8] Die vor allem mit dem Schlagwort «Hartz IV» verknüpften Sozialstaatsreformen unter der rot-grünen Bundesregierung 2003/04 haben wesentlich zu Erwerbsarmut und Prekarisierung beigetragen.

Dass diese erschreckenden Entwicklungen in der Öffentlichkeit inzwischen stärker thematisiert werden, ist gut – die Art und Weise, in der die Debatte geführt wird, hingegen nicht.

Inszenierung der «Unterschicht» in den Medien

Die mediale Darstellung der Menschen, die von Prekarität betroffen sind, ist oft verleumdend. *Stern, Spiegel, Welt* und *Bild*-Zeitung oder auch TV-Reality-Soaps berichten in Form von (Skandal-)Reportagen über Einzelfälle und erwecken damit den Eindruck, sie beschrieben die Mehrheit der «Unterschicht». Einzelne Menschen und ihre Geschichten (ob wahr oder nicht) werden vorgeführt und ins Raster der Klischees gepresst. Die Rede ist von «Drückebergern», «Faulenzern» und «Sozialschmarotzern», beklagt werden «Tricksereien» und «Abzocke» oder es wird gezeigt, welchen Luxus man sich angeblich vom Arbeitslosengeld II leisten kann. Tenor ist: Hartz-IV-Bezieher*innen haben ohne Aufwand oft mehr Geld als hart arbeitende Menschen.

Dass die Klischees nicht stimmen, dazu müssen eigentlich keine Studien zitiert werden. Wer arbeitet, hat nach geltenden Regeln mehr Geld als Hartz-IV-Bezieher*innen, wenn auch oft nicht viel.[9] Erwerbslose sind nicht faul, sondern sie sind arbeitslos, weil die Wirtschaft sie nicht (mehr) braucht. Viele haben schlechtere Jobchancen, weil sie in Regionen mit großen Arbeitsmarktproblemen wohnen, oder die Umstände erschweren die Jobaufnahme, zum Beispiel bei Alleinerziehenden oder gesundheitlich Angeschlagenen. Die ganz überwiegende Mehrheit möchte arbeiten, sogar zu äußerst schlechten Bedingungen – wenn ihnen denn ein Job angeboten werden würde.[10]

8 Vgl. Spannagel, Dorothee/Seikel, Daniel/Schulze Buschoff Karin/Baumann, Helge: Aktivierungspolitik und Erwerbsarbeit, WSI-Report 36/2017, unter: www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_36_2017.pdf. **9** Das gilt auch für sogenannte Aufstocker*innen, also Menschen, deren Einkommen so gering ist, dass sie Leistungen nach Hartz IV beantragen müssen, um das gesetzliche Existenzminimum zu erreichen. Bei ihnen gelten Freibeträge, die dazu führen, dass sie unter dem Strich etwas mehr Geld zur Verfügung haben, als wenn sie nicht arbeiten würden. **10** Vgl. DIW Wochenbericht 21/2012.

Erstaunlich ist vielmehr, dass so viele Menschen in Deutschland bereit sind, Erwerbsarbeit anzunehmen, sogar wenn sie trotz Vollzeitbeschäftigung (und teilweise zusätzlichen Hartz-IV-Leistungen) nur wenig mehr Geld in der Tasche haben als Hartz-IV-Bezieher*innen.

Dass viele Menschen Hartz-IV-Leistungen trotz Bedürftigkeit nicht in Anspruch nehmen, überrascht dagegen nicht: Hartz-IV-Bezieher*innen müssen bürokratische Hürden und Gängelungen ertragen. Alles muss offengelegt werden – von der ganzen Familie bzw. Bedarfsgemeinschaft –, alles gesondert beantragt werden, jeder Job ist zumutbar, notfalls auch eine meist unnütze «Maßnahme». Sanktionen werden oft zu Unrecht verhängt: Bei mehr als einem Drittel der Beanstandungen müssen die Ämter die verhängten Sanktionen zurücknehmen. Aber wie viele Menschen beschweren sich schon?[11]

Sinn der «Unterschichtendebatte»

Den genannten Medien geht es nicht darum, ein realistisches Bild einer Personengruppe in prekärer Lage zu zeichnen, sondern darum, Leser- oder Zuschauerquoten zu steigern. Die Inszenierung einer abstoßenden und beschämenden Unterschicht befriedigt einen gewissen Voyeurismus und das Interesse, sich besser zu fühlen und nach unten abgrenzen zu können. Die Arbeitslosen geben sich für ihre Lage selbst die Schuld. Vielen Unternehmen dagegen nutzt die Stigmatisierung, hält sie doch Menschen an, sich leistungsbereit zu zeigen und unter schlechtesten Bedingungen zu arbeiten, um bloß nicht zum «Prekariat» zu gehören.

11 Vgl. Becher, Lena: Hartz IV: Hohe Erfolgsquoten bei Widersprüchen und Klagen, in: O-Ton Arbeitsmarkt, 24.5.2018, unter: www.o-ton-arbeitsmarkt.de/o-ton-news/hartz-iv-hohe-erfolgsquoten-bei-widerspruechen-und-klagen.

2

BALD GIBT ES KEINE MITTELSCHICHT MEHR

«HILFE! Die deutsche Mittelschicht schrumpft!»

Bild-Zeitung[12]

Was wird gesagt?

Die Mittelschicht gerät in Bedrängnis, sie schrumpft, ja: Sie stirbt gar aus. Dabei sind ihre Angehörigen *die* Leistungsträger*innen der Gesellschaft, die Grundlage für Stabilität und Demokratie. Als «Produktive» werden sie «so richtig ausgequetscht» und «ausgeplündert». Sie sind die «Melkkühe» der Gesellschaft, während die «Unproduktiven» von ihren Steuern und vom «überbordenden Sozialstaat» profitieren.

Was ist dran?

Tatsächlich wird die Mittelschicht schmaler. Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat der Anteil der Menschen, die zur Einkommensmittelschicht zu rechnen sind, insbesondere in den Jahren zwischen 1991 und 2013 abgenommen: von rund 66 Prozent 1991 auf etwa 61 Prozent im Jahr 2013.[13] Seither sind die verfügbaren Haushaltseinkommen in der Mittelschicht (anders als in den unteren Einkommensschichten) zwar moderat angestiegen. Bei der Mehrheit jener, die nicht über Wohneigentum verfügen, nahm zugleich aber die Belastung durch steigende Mieten deutlich zu.[14]

Die Mitte driftet auseinander: Die einen werden ärmer, die anderen reicher

Gleichzeitig geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander: Besonders stark schrumpfte die «Mitte der Mitte», während «unten», aber auch «oben» die Zahl der Haus-

12 Hilfe! Die deutsche Mittelschicht schrumpft!, in: Bild-Zeitung, 13.12.2012, unter: www.bild.de/geld/wirtschaft/ klassengesellschaft/schrumpftdiemittelschichtindeutschland27645776.bild.html. **13** Vgl. DIW Wochenbericht 18/2016. Zur mittleren Einkommensschicht rechnete das DIW alle Haushalte, die über ein Gesamteinkommen zwischen 67 und 200 Prozent des Medianeinkommens verfügen. In früheren Untersuchungen wurde die Mittelschicht etwas enger gefasst (Haushaltseinkommen zwischen 70 und 150 Prozent), wobei sich eine sogar noch stärkere Schrumpfung von rund 62 Prozent in den 1990er Jahren auf rund 54 Prozent im Jahr 2006 zeigte, vgl. DIW Wochenbericht 10/2008. **14** Vgl. DIW Wochenbericht 21/2018.

halte zunahm.[15] Der sogenannte Gini-Koeffizient, mit dem sich die Einkommensungleichheit messen lässt, stieg in Deutschland sowohl zwischen 1999 und 2005 als auch seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 deutlich an. Die Kluft zwischen den verfügbaren Realeinkommen des obersten und des untersten Zehntels der Einkommensschichten nahm ebenfalls stark zu.[16] Zugleich wurde der Niedriglohnsektor vor allem zwischen 1995 und 2008 auf knapp ein Viertel aller abhängig Beschäftigten ausgebaut, wobei besonders junge Menschen überdurchschnittlich häufig betroffen sind.[17] Die unteren Einkommensschichten mussten dabei erhebliche Reallohnverluste in Kauf nehmen. Die Armutsrisikoquote (Anteil der Haushalte, die über weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verfügen) nahm seit den 1990er Jahren von rund elf auf 16 Prozent im Jahr 2016 zu.[18]

Inzwischen konnte die Verarmungsspirale vor allem aufgrund der Einführung des Mindestlohns im Jahr 2014 zwar gebremst, aber nicht umgekehrt werden. Die Einkommenspolarisierung geht zudem mit einer zunehmenden Ungleichheit in der Vermögensverteilung einher: Ein besonders starkes Wachstum der Vermögensungleichheit fällt, ähnlich wie bei den Einkommen, in die Jahre zwischen 2002 und 2007, also die Zeit der Agenda-2010-Reformen.[19] Seither hat sich diese Polarisierung verfestigt: Während die wohlhabendsten zehn Prozent der Bevölkerung 2017 über 55 Prozent des Nettogesamtvermögens (also abzüglich Schulden) verfügten, besaß die gesamte untere Hälfte gerade einmal drei Prozent.[20] An der Spitze ist die Reichtumskonzentration besonders extrem: Das oberste Prozent verfügt Schätzungen des DIW zufolge über 31 Prozent des Gesamtvermögens.[21] Es gibt insgesamt nur wenig zuverlässige Daten, viele Studien betonen, dass die Vermögen der Superreichen statistisch vermutlich stark unterschätzt werden.[22]

15 Vgl. DIW Wochenbericht 27/2017. **16** Vgl. DIW Wochenbericht 19/2019. **17** Vgl. DIW Wochenbericht 14/2019. **18** Vgl. DIW Wochenbericht 19/2019. **19** Vgl. DIW Wochenbericht 4/2009. **20** Auch die Ungleichverteilung der Vermögen lässt sich (wie die der verfügbaren Realeinkommen) mithilfe eines Gini-Koeffizienten messen. Dieser stieg bei der Vermögensverteilung nach Angaben der Deutschen Bundesbank von 63 Prozent 1993 auf 75 Prozent 2008 und schwankt seither nur geringfügig. Vgl. Schmidt, Tobias/Le Blanc, Julia: Private Haushalte und ihre Finanzen, Frankfurt a. M. 2019, zentrale Ergebnisse der von der Deutschen Bundesbank in Auftrag gegebenen Studie finden sich auch unter: www.bundesbank.de/resource/blob/794146/6de0d2988ae8165f7314d9a74d2ff283/mL/phf-pressegespraech-vermoegensbefragung-2017-data.pdf. **21** Vgl. Bach, Stefan/Thiemann, Andreas/Zucco, Aline: Looking for the missing rich. Tracing the top tail of the wealth distribution, DIW, Berlin 2018. **22** Vgl. DIW Wochenbericht 2/2014.

Verunsicherung und Abstiegsängste in der Mitte

Dennoch ist eine Dramatisierung des «Schrumpfens» der Mittelschicht falsch, sie stellt noch immer die Mehrheit in Deutschland. Alarmierend ist allerdings, dass sich besonders die untere Mittelschicht in ihrem sozialen Status bedroht sieht.

Denn auch sie ist inzwischen von «atypischen Beschäftigungsformen» betroffen. Vor einigen Jahren erlangte die «Generation Praktikum» Aufmerksamkeit, heute die Dauerbefristungen von jungen Akademiker*innen und die Solo-Selbstständigen im «kreativen Prekariat» oder der wachsende Missbrauch von Werkverträgen in der Industrie. Hinzu kommen Sorgen und Ängste: Selbst auf einem abgesicherten Arbeitsplatz ist die Drohung, zu teuer und ersetzbar zu sein, spürbar, zum Beispiel wenn Leiharbeiter*innen Seite an Seite mit Stammbeschäftigten tätig sind, allerdings zu geringerem Lohn, schlechter abgesichert und ohne Mitbestimmungsrechte.

Entgrenzter Wettbewerb und wachsender Leistungsdruck

Hinzu kommt eine Entwicklung, die in den Medien kaum vorkommt, obwohl sie einen Großteil aller Beschäftigten betrifft: Die Arbeitsbeziehungen innerhalb der Unternehmen werden zunehmend marktförmig organisiert und ständig umorganisiert, um gegenüber Aktionär*innen möglichst innovativ zu wirken. Die Beschäftigten werden unter einen permanenten Druck zur Leistungssteigerung gesetzt. In der Folge nimmt seit vielen Jahren die Belastung durch Arbeitsverdichtung zu («mehr schaffen in kürzerer Zeit») und die Zahl der (oft unbezahlten) Überstunden steigt.

Zudem verstärkt sich die (auch durch digitale Technologien unterstützte) Aufweichung der Grenzen zwischen Arbeit und Leben: Ständige Erreichbarkeit, Flexibilisierung der Arbeitszeiten je nach Auftragslage und permanenter Zeitdruck sind für viele zur neuen Norm geworden. Wie die Arbeitsforschung immer wieder gezeigt hat, liegen hier zentrale Ursachen für Erfahrungen der Verunsicherung und Überforderung bis hin zu psychischen Erkrankungen («Burnout»), deren Anzahl seit Jahren stark ansteigt.[23] Die Wahrnehmung, dass Beschäftigteninte-

23 Sauer, Dieter: Die organisatorische Revolution. Umbrüche in der Arbeitswelt – Ursachen, Auswirkungen und arbeitspolitische Antworten, Hamburg 2013.

ressen missachtet werden und sich die eigene Arbeitssituation verschlechtert, geht also weit über unmittelbare ökonomische Abstiegserfahrungen hinaus.

Angst vor Altersarmut

Die Gründe für Verunsicherung sind also vielfältig: Der Betrieb könnte Stellen streichen oder gesundheitliche Beschwerden eine frühe Verrentung erfordern. Hartz IV und Rentenkürzungen beinhalten auch für Normalbeschäftigte die Drohung, dass ihr Lebensstandard nicht mehr in jedem Fall gesichert ist. So zeigt etwa eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung, dass die Abstiegsängste zwar in den unteren Einkommensschichten am ausgeprägtesten sind, zugleich gilt aber: Auch ein Viertel der Befragten in der Mittelschicht fürchtet um seinen Arbeitsplatz und fast jede*r Zweite sorgt sich um die eigene finanzielle Situation im Alter.[24]

Fazit: Eine Mehrheit ist von Prekarisierung betroffen – aber auf unterschiedliche Weise

Die Verunsicherung der sogenannten Mittelschicht zeigt deutlich, dass die Prekarisierung von Arbeit, Sozialem und Leben nicht allein ein Problem der «Unterschicht» ist. Sie betrifft einen Großteil der Bevölkerung, wenn auch in unterschiedlicher Weise – als konkrete Existenznot, als ständige Unsicherheit, als vorübergehende Betroffenheit, als steigender Leistungs- und Erwartungsdruck oder als Gefühl, bedroht zu sein.

Die Entwicklungen, die diese Bedrohung auslösen, sind aber dieselben. Die Forderungen, unten zu kürzen und den Druck zu erhöhen, schlagen letztendlich auf die Angehörigen der Mittelschicht selbst zurück. Besser wäre es, gemeinsam Wege aus der Prekarisierung zu suchen.

Und übrigens: Die Mittelschicht ist Produkt, nicht Opfer des Sozialstaats

Dass es überhaupt eine relativ breite Mittelschicht gibt, ist historisch betrachtet eine noch recht junge Entwicklung. Zur Zeit des «Wirtschaftswunders» in den 1950er und 1960er Jah-

24 Vgl. Kohlrausch, Bettina: Abstiegsängste in Deutschland, Working Paper der Hans-Böckler-Stiftung 58, 2018, unter: www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_058_2018.pdf.

ren wurden große Teile der Unterschicht (des «Proletariats») in den Stand der Mittelschicht gehoben. Die Arbeiter*innen und Angestellten akzeptierten im Allgemeinen das kapitalistische Gesellschaftsmodell und wurden im Gegenzug am Wirtschaftswachstum beteiligt. Vollbeschäftigung und sichere Arbeitsplätze, steigende Löhne und billige Konsumgüter brachten wachsenden Wohlstand hervor.

Der «vorsorgende Sozialstaat», der in der Bundesrepublik damals entstand, führte gleichzeitig dazu, dass die allgemeine Prekarität des Lebens, die Risiken der Arbeitslosigkeit, Krankheit und des Altwerdens begrenzt wurden – zumindest für den durchschnittlichen weißen männlichen Arbeiter und Angestellten (und seine rechtlich und materiell abhängige Ehepartnerin und ihre Kinder). Es war sogar von der Entstehung einer «nivellierten Mittelstandsgesellschaft» die Rede. Allerdings ignorierte diese Beschreibung, dass die allgemeine Aufwärtsmobilität keineswegs die Ungleichheit einebnete. Sie hob die sozialen Lagen nur in einer Art «Fahrstuhleffekt» auf ein höheres Niveau – wobei insbesondere Frauen und Zugewanderte weiterhin massiv diskriminiert wurden.

Der größte Teil der deutschen Sozialausgaben geht bis heute an die Mittelschicht, vor allem in Form von Zuschüssen zu Versicherungen wie zur Renten und Krankenversicherung. Vom 2007 eingeführten Elterngeld profitieren vor allem Gutverdienende, ebenso vom steuerlichen Kinderfreibetrag – während beides von Hartz-IV-Leistungen abgezogen wird. Letztere machen dagegen nicht einmal fünf Prozent der gesamten Sozialleistungen in Deutschland aus.[25]

Diese Leistungen werden auch immer weniger von der oberen Mittelschicht und Oberschicht getragen: In den letzten Jahren wurden höhere und mittlere Einkommen deutlich entlastet.[26] Gleichzeitig wurden einkommensunabhängige Steuern, die alle gleichermaßen treffen, angehoben – zum Beispiel die

25 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Sozialbudget 2018, Berlin 2019, unter: www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a230-18-sozialbudget-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=1. **26** So sank beispielsweise der Spitzensteuersatz seit 1998 von 53 auf heute 42 Prozent. Einkommen aus Kapitalanlagen werden seit 2009 pauschal nur noch mit 25 Prozent besteuert. Wer eine Firma erbt, zahlt seit 2008 oft gar keine Erbschaftsteuer mehr.

Mehrwertsteuer, die in allen Produkten steckt, die wir kaufen.[27] Unternehmen werden tendenziell entlastet, während Lohneinkommen belastet werden.

3

PREKARISIERUNG HEISST, DASS DIE ERWERBSARBEIT UNSICHER WIRD

«Das Prekariat ist durch Unsicherheit in der Erwerbstätigkeit gekennzeichnet.»
Wikipedia[28]

Was wird gesagt?

Von Prekarisierung wird vor allem mit Bezug auf die Arbeitswelt berichtet. Es geht um Leiharbeit oder Werkverträge und die «gewaltigen Umbrüche» durch die Digitalisierung. Von «Prekarität» im Zusammenhang mit der Bewältigung des Alltags hört man dagegen selten.

Was ist dran?

Tatsächlich befindet sich die Arbeitswelt seit Jahrzehnten im Umbruch. Zwar wird zurzeit wieder einmal von Vollbeschäftigung gesprochen, aber viele der neuen Stellen sind prekär: Leiharbeit, Werkverträge, unfreiwillige Teilzeit, mehrere Minijobs, um den Lebensunterhalt zu sichern. Für diese Jobs greifen viele Arbeitsschutzmaßnahmen und soziale Absicherungen (z. B. gegen Erwerbslosigkeit, gegen Krankheit oder im Alter) nicht oder nur ungenügend. Phasen von Arbeitslosigkeit sind für viele Beschäftigte «normal» geworden. Jede*r fünfte Vollzeitbeschäftigte arbeitete 2018 in Deutschland zu einem Niedriglohn.[29] Mehr

27 Solche indirekten Steuern, die Geringverdiener*innen überproportional belasten, machten laut einer Untersuchung des DIW im Jahr 2015 knapp die Hälfte des gesamten Steueraufkommens aus. Zudem erwies sich die Gesamtbelastung der mittleren Einkommen durch Sozialbeiträge und Steuern als nur geringfügig niedriger als bei sehr Wohlhabenden, deren Unternehmens- und Kapitaleinkommen nicht progressiv besteuert werden, vgl. DIW Wochenbericht 51+52/2016. Auch Krankenkassenbeiträge müssen nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze (2019 lag sie bei 4.537,50 Euro pro Monat) anteilig vom Einkommen abgeführt werden (sofern Besserverdienende nicht ohnehin privat versichert sind). **28** Vgl. die Definition unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Prekariat. **29** Das sind knapp 4,2 Millionen Vollzeitbeschäftigte. Frauen sind fast doppelt so häufig betroffen wie Männer und Ostdeutsche doppelt so häufig wie Westdeutsche. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE hervor, vgl. www.n-tv.de/politik/Jeder-dritte-Ostdeutsche-ist-Niedrigloehner-article20748320.html.

als die Hälfte der neuen Stellen sind «atypisch» – entsprechen also nicht mehr dem ehemaligen «Normalarbeitsverhältnis».[30] Neben den Formen änderten sich auch die Anforderungen: Projektarbeit und Zielvorgaben ersetzen oft direkte Weisungen. Flexibilität, Selbstständigkeit und die Identifikation mit der Arbeit werden verlangt. Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen.

Veränderte Lebensverhältnisse zwischen Emanzipation und Notwendigkeit

Aber nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern alle Formen von Arbeit, auch die Haus- und Sorgearbeit, die sozialen Systeme und damit die Lebensverhältnisse insgesamt verändern sich grundlegend. Das westdeutsche «Normalarbeitsverhältnis» war verknüpft mit Leitbildern von Familie und Sozialem: Während die Männer in unbefristeter Vollzeitarbeit den Familienlohn verdienen sollten, wurde den Frauen die Zuständigkeit für Haushalt und Familie, also für sorgende Tätigkeiten, zugewiesen. Dieses «Ernährermodell»[31] wurde abgesichert und gefördert durch den Wohlfahrtsstaat mit seinen sozial- und familienpolitischen Leistungen.[32] Für Geringverdiener*innen ist und war es aber kaum lebbar. Im Zuge der Emanzipation haben Frauen sich außerdem wirtschaftliche Unabhängigkeit erkämpft, Rollenbilder ins Wanken gebracht und eine grundlegende Veränderung der Arbeits- und Lebensverhältnisse gefordert. Allerdings machen es die flexibilisierten, besser gesagt: entgrenzten Arbeitszeiten und Arbeitsformen nun erst recht schwer, Beruf und Privates zu vereinbaren.

Weniger öffentliche Leistungen und die «Krise der Reproduktion»

Angesichts der neuen Risiken in der Arbeitswelt und der auch in Westdeutschland gestiegenen Erwerbsbeteiligung von Frau-

30 Im Jahr 2016 waren 39,6 Prozent aller abhängigen Hauptbeschäftigungsverhältnisse (ohne Beamt*innen und Selbstständige) atypische Beschäftigungsverhältnisse. Vor allem die Zahl der Leiharbeits- und Teilzeitstellen nahm überproportional stark zu, vgl. Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung zur atypischen Beschäftigung laut Datenbank des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), unter: www.boeckler.de/106575_108744.htm. **31** Wird unter anderem auch als «Hausfrauenmodell» bezeichnet. Ihm liegt ein Rollenverständnis zugrunde, das sich erst seit circa 150 Jahren mit dem «Ideal» der bürgerlichen Kleinfamilie durchsetzte. **32** So begünstigen bspw. Ehegattensplitting oder kostenfreie Familienmitversicherung nicht berufstätiger Ehepartner*innen wirtschaftlich ungleiche Partnerschaften. Halbtagsschulen oder Kitas erzwingen sie außerdem.

en hätte man erwartet, dass diese gesellschaftlichen Veränderungen auch gesellschaftlich getragen werden. Das Gegenteil ist jedoch eingetreten: Anstatt die Leistungen des Sozialstaates auszuweiten, wurde privatisiert. Einst öffentliche Krankenhäuser, Energieversorger und Verkehrsbetriebe, teilweise auch Bildungseinrichtungen, wurden von gewinnorientierten Unternehmen übernommen. Seither werden die Leistungen zumeist teurer und unrentable Bereiche werden stillgelegt. Pflegerische Tätigkeiten in Krankenhäusern und Heimen wurden marktförmig organisiert, sodass enge Zeitvorgaben kaum Raum für die eigentliche Pflege lassen oder Patient*innen vorzeitig entlassen werden, wenn sich die weitere Behandlung finanziell nicht mehr lohnt.

Der Sozialstaat hat sich vom «vorsorgenden» zum «aktivierenden» Sozialstaat gewandelt: Zunehmend wird nur noch eine Grundsicherung gewährleistet, alles darüber hinaus ist Privatsache (z. B. private Rentenvorsorge oder Zuzahlungen bei der Krankenkasse). Im Fall von Arbeitslosigkeit gibt es für Beschäftigte, die das 50. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, nach einem Jahr nur noch Hartz IV – natürlich nur für diejenigen ohne nennenswerte Rücklagen.[33] Wer aber vom Niedriglohn keine Rücklagen bilden kann, ist spätestens im Alter auf Hilfe vom Staat angewiesen.

Der Abbau von Sozialstaat und sozialer Infrastruktur verursacht und verstärkt «Sorgelücken». Das heißt, dass nicht klar ist, wie der anfallende Bedarf an Pflege, Erziehung und Behandlung gedeckt werden kann. Um diese Lücken zu schließen, müssen wichtige Bereiche von Haus- und Sorgearbeit unter erschwerten Bedingungen privat organisiert und finanziert werden. Das bleibt meist an den Müttern und Töchtern hängen. Sind sie selbst berufstätig, wird die «Reproduktionsarbeit» häufig an andere Frauen, oft an Migrantinnen, «ausgelagert», die dafür in

33 Die Bezugsdauer des am Einkommensstatus orientierten Arbeitslosengeldes betrug in der Zeit vor den Agenda-2010-Reformen noch bis zu 32 Monate und auch die anschließend gezahlte Arbeitslosenhilfe bemaß sich zunächst noch am letzten Einkommen und wurde erst nach und nach um jährlich drei Prozent auf den Mindestsatz abgesenkt. Auch die Regelungen für Schonvermögen wurden verschärft: Erlaubte Rücklagen errechnen sich bei Hartz IV aus einem Vermögensfreibetrag von 150 Euro pro vollendetem Lebensjahr – mindestens 3.100 Euro und maximal 9.750 Euro pro Person – plus 750 Euro Rücklagen für notwendige Anschaffungen (beim Arbeitslosengeld waren es bis 2002 noch 520 Euro pro vollendetem Lebensjahr). Zum Einkommen zählen bei Hartz IV alle Einkommen der «Bedarfsgemeinschaft», – das heißt, dass zum Beispiel die Ausbildungsvergütung des im Haushalt lebenden Kindes den Eltern vom Arbeitslosengeld II abgezogen wird. Der Regelsatz liegt 2019 bei 424 Euro pro Monat für Alleinstehende.

COCKTAIL DER ANGST – ENTGRENZTER WETTBEWERB UND LEISTUNGSDRUCK

ihrem Heimatland Erwerbsarbeit, Kinder und zu pflegende Angehörige zurücklassen.

Fazit: Von Prekarisierung ist das Leben als Ganzes betroffen

Die zunehmende Entsicherung wird nicht ausreichend erfasst, wenn nur der Bereich der Arbeitswelt betrachtet wird. Prekarisierung ist eine Entwicklung, die sich auch in den sozialen Sicherungssystemen vollzieht, in der Organisation des Alltags und der Haus- und Sorgearbeit. Angesichts der demografischen Entwicklung wird der Pflege- und Bildungsnotstand noch an Bedeutung gewinnen.

Und übrigens: Prekarität wurde öffentlich erst als Problem erkannt, seit sie den «Mainstream» betrifft

Interessant ist, dass diese Entwicklung, obgleich sie schon lange besteht oder absehbar war, erst jetzt allgemein kritisiert wird – zu einem Zeitpunkt, an dem die Prekarisierung der Arbeitswelt breitere Schichten der männlichen weißen Mittelschicht in den westlichen Industriestaaten bedroht. Die Entsicherung der alltäglichen Lebensverhältnisse betrifft nach wie vor stärker arme Menschen und Frauen (insbesondere Alleinerziehende). Auch Zugewanderte sind sehr viel häufiger betroffen. Mag sein, dass Prekarisierung auch deshalb lange ein untergeordnetes Thema war.

4

DIE DIGITALISIERUNG VERÄNDERT ALLES

«Digital ist nicht prekär.»

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände[34]

Was wird gesagt?

Die Arbeitswelt steht (erneut) vor einem «gewaltigen Umbruch»: Arbeit wird zum Teil überflüssig, vor allem gering qualifizierte. Die Arbeitgeber*innen sehen darin «große Chan-

34 Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA): Arbeitswelt 4.0 – Chancen nutzen, Herausforderungen meistern, Berlin 2015.

cen», nicht nur für sich und ihre Gewinne, sondern auch für die Arbeitnehmer*innen. Die Digitalisierung ermöglicht «neue Freiheiten»; viele Aufgaben können «ortsunabhängig und zeitlich flexibel erledigt werden».[35]

Was ist dran?

Tatsächlich verändert die Digitalisierung unser Leben: Roboter erledigen Aufgaben, die zuvor Menschen verrichtet haben, Produktionsanlagen steuern sich selbstständig, Gegenstände übermitteln automatisch Daten. Wie genau sich dadurch die Arbeitswelt ändert, dazu gehen die Einschätzungen auseinander. Während Wirtschaftsvertreter*innen die Chancen betonen, heben Kritiker*innen die Risiken hervor und malen zum Teil düstere Szenarien von Massenarbeitslosigkeit an die Wand.[36]

Mehr Spaltungen in der Arbeitswelt

Anzunehmen ist, dass die Digitalisierung Gewinner*innen und Verlierer*innen auf dem Arbeitsmarkt (wie auch in der Lebenswelt) hervorbringt und die Arbeitenden weiter spaltet. Einige können die Möglichkeiten des autonomen, vernetzten Arbeitens nutzen. Andere geraten angesichts einer Entwertung ihrer Qualifikation oder Erfahrung unter enormen Druck, verlieren die Arbeit oder müssen neue prekäre Jobs annehmen. Auch weltweit vertieft sich die Spaltung.

Neue Arbeitsfelder entstehen, wie beispielsweise die sogenannten *crowdworker,* die ohne Arbeitsvertrag übers Internet Kleinstaufträge für Firmen übernehmen – Aufgaben, die Computer nicht lösen können, aber die Masse der Internetnutzer*innen (engl.: *crowd*). Diese Jobs sind aber keineswegs hoch qualifiziert oder besonders kreativ, sondern oft Fleißarbeiten zu niedrigstem Stücklohn. Sie bringen digitale Tagelöhner*innen ohne Absicherung und Arbeitsschutz hervor.

Ebenso verändert sich die Art der Arbeit, etwa durch neue Möglichkeiten, von zu Hause aus zu arbeiten, und durch Formen der

35 BDA: Presse-Information 5/2016, 27.1.2016. **36** Eine Übersicht und nüchterne Bewertung der Forschungen zur Digitalisierung in der Arbeitswelt findet sich bei Matuschek, Ingo: Industrie 4.0, Arbeit 4.0 – Gesellschaft 4.0? Eine Literaturstudie, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 2/2016, Berlin 2016, unter: www.rosalux.de/publikation/id/8754/industrie-40-arbeit-40-gesellschaft-40/.

Kontrolle und Überwachung. Daraus ergeben sich neue Herausforderungen für die Vertretung der Interessen der Arbeitenden.

Warum reden alle plötzlich über Digitalisierung?

Der Hype um die Digitalisierung, die unbestreitbar voranschreitet, ist aber auch ein «Werbetrick». Mit der Übertreibung des Themas schaffen Arbeitgeber(-verbände) selbst die Aufmerksamkeit, die sie brauchen, um ihre Interessen durchzusetzen. So wird die Politik beispielsweise zu millionenschweren Investitionen bewegt. Oder es werden günstige Rahmenbedingungen für diese Art der Produktion geschaffen. Momentan fordern Arbeitgeberverbände weitere Flexibilisierungen und die Aufhebung bestehender Regulierungen wie die der Arbeitszeitbeschränkung – und sie drohen mit «Wohlstandsverlusten», sollte die Digitalisierung nicht vorangetrieben werden.

Aber all diese Veränderungen vollziehen sich nicht schicksalhaft und sie folgen keinen technologischen Sachzwängen. Auch die letzte «industrielle Revolution», nämlich die Einführung der Computer und die Informatisierung, hat nicht automatisch zur Arbeitswelt von heute geführt. Es ist vielmehr entscheidend, wie technische Veränderungen gestaltet werden und welches politische Handeln sie begleitet. So hat nicht die fortschreitende Digitalisierung, sondern eine neoliberale Arbeits- und Sozialpolitik zur wachsenden Prekarisierung geführt.

Ein Beispiel dafür sind die Versuche, das Taxigewerbe für Anbieter wie Uber zu öffnen, die nicht nur neue digitale Technologien nutzen, sondern deren Geschäftsmodell vor allem darauf basiert, durch Scheinselbstständigkeit den sozialen Status und die Einkommen der Fahrer*innen zu drücken.

Fazit: Eine menschliche Zukunft kommt nicht von allein

Entscheidende Fragen sind: Wie wird der durch Digitalisierung und Produktivitätswachstum erzeugte neue Wohlstand verteilt? Wem gehört die frei werdende Zeit und wie kann sie genutzt werden? Was wird wie produziert und welchen Stellenwert haben Arbeits- und Datenschutz dabei?

Politische Gestaltung kann daher nicht heißen, Deregulierung und wachsende Unsicherheit hinzunehmen oder gar voranzutreiben. Es gilt vielmehr, neu zu bestimmen, wie Arbeit und Arbeitszeit in Zukunft organisiert werden. Außerdem müssen wir im Sinne aller Menschen überlegen, wie Zugänge zu Bildung ermöglicht werden, wie Flexibilität im Sinne der Beschäftigten aussieht und wie sie mit Arbeitsschutz kombiniert werden kann.

5

LEISTUNGSGERECHT IST GERECHT

«Leistung muss sich in Deutschland wieder lohnen.»
Frauke Petry, ehemalige Bundessprecherin der AfD[37]

Was wird gesagt?

Der Slogan ist alt, taugt aber immer noch – früher häufig von CDU und FDP skandiert, hat ihn nun auch die AfD für sich entdeckt: «Leistung muss sich (wieder) lohnen.»[38] Gemeint ist, dass Bezieher*innen von Sozialleistungen weniger Geld bekommen sollten, damit sie Anreize haben zu arbeiten. Ungleichheit ist in dieser Sichtweise «nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich. Sie ist einfach nötig.» Das sagte bereits Friedrich August von Hayek, ein Vordenker der neoliberalen Politik.[39]

Was ist dran?

Bestimmte Tätigkeiten werden in unserer Gesellschaft als Leistung anerkannt und hoch bezahlt, andere, zum Teil sehr wichtige und verantwortungsvolle Tätigkeiten dagegen kaum wahrgenommen und schlecht entlohnt oder gar nicht bezahlt. Beispielhaft dafür stehen Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Im Gegensatz dazu werden etwa die technische Bearbeitung von Werkstoffen, eine Ingenieurstelle in der Rüstungsindustrie oder ein Aufsichtsratsposten wesentlich besser honoriert. Ehrenamtliche Arbeit im Verein oder in sozialen Einrichtungen wird vielleicht gelobt, aber kaum bezahlt. Einige «Niedriglöhner*innen» arbeiten mehr als 50 Stunden in der Woche, damit das Gehalt zum Leben reicht. Mehr als eine Million Menschen mussten in Deutschland 2018 neben der Erwerbsarbeit «aufstocken», das heißt, Hartz IV in Anspruch

37 Frauke Petry bei Maybrit Illner Spezial «Streitpunkt Flüchtlinge – drei Wahlen, ein Thema», ZDF, 10.3.2016. **38** Mit diesem Slogan trat die CDU unter Helmut Kohl 1982 gegen die damalige SPD-Regierung an. Er ist von unterschiedlichen Politiker*innen immer wieder aufgegriffen worden. **39** Hayek zit. nach Butterwegge, Christof/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf: Kritik des Neoliberalismus, 2. Aufl., Wiesbaden 2008, S. 73.

nehmen.[40] Frauen und Alleinerziehende sind davon besonders betroffen. Aber sind sie deshalb tatsächlich weniger «produktiv»?

Was heißt eigentlich «Leistung»?

Menschen, die Kinder erziehen, Kranke pflegen oder Alte versorgen, sind in der Regel nicht gemeint, wenn von «Leistungsträger*innen» die Rede ist. Leistung wird meist über das Einkommen, kaum über den gesellschaftlichen Sinn der Arbeit definiert. Gesellschaftlich unverzichtbare Arbeit «lohnt» sich dagegen finanziell oft nicht. Manche Menschen können auch nicht (oder nicht mehr) so viel «leisten» – sind sie deshalb weniger wert? «Leistungsfähigkeit» ist auch abhängig von Ressourcen, so etwa davon, welche (Fort-)Bildung oder Beratung man sich leisten kann oder auch, ob private Verpflichtungen (Kinderbetreuung, Haushalt, Pflege Angehöriger) kostenintensiv ausgelagert werden können.

Dabei verursachen nicht fehlende Leistungen, sondern zu viel Leistungsbereitschaft und Leistungsdruck zunehmend Probleme. Depression und Burnout sind zu den neuen Volkskrankheiten geworden.[41] Versagensängste quälen selbst diejenigen, die ihren Job ordentlich machen. Rastlosigkeit scheint die höchste Tugend. Die Sorge um sich selbst oder Muße zum Nachdenken über die eigene oder die gesellschaftliche Situation bleiben auf der Strecke.

Ungleichheit ist kaum Anreiz zu «Leistung»

Früher wurde die Lage der unteren «Stände» als gottgegeben gerechtfertigt. Heute rechtfertigt sie das Leistungsprinzip. Der soziale Status gilt als Folge der eigenen Leistungsbereitschaft und des eigenen Bildungsstrebens: Wer es schaffen will und sich anstrengt, schafft es, wer nicht, ist zu Recht arm oder abgehängt, so die Argumentation.

40 Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) – Die aktuellen Entwicklungen in Kürze – August 2019, unter: https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Grundsicherung-fuer-Arbeitsuchende-SGBII/Grundsicherung-fuer-Arbeitsuchende-SGBII-Nav.html. **41** Davon sind insbesondere auch junge Menschen stark betroffen: Laut einer Untersuchung der Barmer-Krankenkasse nahm die Anzahl psychischer Erkrankungen zwischen 2005 und 2016 um 76 Prozent zu, wobei gewachsener Leistungsdruck und finanzielle Unsicherheiten und Zukunftsängste als zentrale Ursachen genannt werden, vgl. www.krankenkassenzentrale.de/magazin/die-zahl-psychischer-erkrankungen-bei-jungen-erwachsenen-steigt-75825#.

DRECKS
BEDINGUNGEN
SOZIAL IST, WAS ARBEIT SCHAFFT?

Dabei ist in Deutschland längst klar, dass der jeweilige soziale Status nur wenig mit der eigenen Leistung zu tun hat. Er hängt vor allem mit der sozialen Herkunft zusammen – oder mit Eigenschaften wie Geschlecht, Nationalität oder einem vermeintlich ausländischen Aussehen oder Namen. Frauen landen trotz besserer Schulnoten in den schlechter bezahlten Jobs und verdienen in Vollzeit durchschnittlich 16 Prozent weniger als Männer.[42] Kinder aus dem Großbürgertum ziehen bei gleicher Ausbildung wesentlich häufiger in den Chefetagen von Unternehmen ein als ihre Mitschüler*innen oder Kommiliton*innen aus anderen Schichten.[43] Vorstände deutscher DAX-Unternehmen verdienen durchschnittlich 71-mal so viel wie ihrer Mitarbeiter*innen, Tendenz seit Jahren steigend[44] – die Firmenbesitzer*innen und ihre (leistungslos profitierenden) Erb*innen im Hintergrund nochmals das Vielfache.

Fazit: Leistungsdenken schützt die einen und spielt die anderen gegeneinander aus

Obwohl das Leistungsdenken von falschen Voraussetzungen ausgeht, erfüllt es in unserer Gesellschaft einen Zweck. Die Politik entlastet es: Sie muss sich keine Gedanken machen, wie eine «Chancengleichheit», die unterschiedliche Ausgangslagen berücksichtigt, tatsächlich verwirklicht werden kann. Der Gedanke, die eigene Leistung führe zum Erfolg, ermöglicht Gutverdiener*innen ein ruhiges Gewissen. Und diejenigen, die wenig verdienen oder arbeitslos sind, hält das Leistungsdenken zu ständig neuen Anstrengungen an. Es spaltet gerade auch die unteren Schichten selbst. Anstatt gemeinsam für eine Verbesserung der Bedingungen ihrer Situation einzutreten, kämpft jede*r allein und alle kämpfen gegeneinander.

Und übrigens: Eine gerechtere Welt ist möglich!

Dass eine so extreme soziale Ungleichheit nicht hingenommen werden muss und eine gerechtere Welt geschaffen werden kann, zeigen die vielen sozialen Bewegungen, die es in der Geschichte gab und gibt. Steigende Löhne und soziale Absicherung hätte es ohne die Arbeiterbewegung nie gegeben,

42 Vgl. DIW Wochenbericht 10/2018. **43** Vgl. Hartmann, Michael: Mythos von den Leistungseliten, Frankfurt a. M. 2003. **44** Vgl. Weckes, Marion: Manager to worker pay ratio 2017, Mitbestimmungsreport 44, 2018, unter: www.boeckler.de/pdf/p_mbf_report_2018_44.pdf.

das Wahlrecht für Frauen oder die Kritik an geschlechtsspezifischen Rollenbildern in Beruf und Familie nie ohne die Frauenbewegung, die Abschaffung der «Rassentrennung» nie ohne die Schwarze Bürgerrechtsbewegung in den USA. Überall wurden diese Errungenschaften – oft als Kompromisse – den Herrschenden abgetrotzt. Ein jüngeres Beispiel dafür ist der – wenn auch lückenhafte – Mindestlohn, der nach langen Protesten und Kampagnen von Gewerkschaften und Linken seit 2015 in Deutschland gilt.[45] Dafür war (und ist) es immer nötig, dass Menschen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern gemeinsam und solidarisch für soziale Verbesserungen einstehen.

Genauso sind Rückschläge möglich, wenn Menschen sich mit Kompromissen zufriedengeben, wenn es keine oder nur eine schwache zivilgesellschaftliche Organisierung für Veränderungen gibt oder wenn Betroffene nicht solidarisch zusammenstehen.

6

KLEINERE EINSCHNITTE SICHERN DIE ZUKUNFT

«Sozial ist, was Arbeit schafft.»
Slogan der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft[46]

Was wird gesagt?

Unter dem Motto «Sozial ist, was Arbeit schafft» standen die Reformen der rot-grünen Agenda 2010, darunter die Hartz-Gesetze von 2003. Auch die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrisen in den letzten Jahren folgte überwiegend dem Leitgedanken: Kurzarbeit oder Leiharbeit, Lohnzurückhaltung, ein späterer Renteneintritt – das alles soll Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum sichern. Als «notwendige Anpas-

45 DIW Wochenbericht 9/2018. **46** Der Slogan wurde in der Folge häufig zitiert, zum Beispiel als Titel des Reformpapiers für den Arbeitsmarkt der CDU/CSU 2004, als Motto der CSU im Landtagswahlkampf 2002 und der CDU im Bundestagswahlkampf 2005; Politiker*innen flochten ihn in ihre Reden ein, zum Beispiel Angela Merkel (CDU), Edmund Stoiber (CSU), Guido Westerwelle (FDP) und Wolfang Clement (SPD).

sungen» waren die Reformen «alternativlos», so der allgemeine Tenor. 2013, zehn Jahre nach den Reformen der Schröder-Regierung, bilanzierte die arbeitgeberfinanzierte Lobbyorganisation Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: «Im Ergebnis: Die Reformen waren eine Zumutung, aber eine, die sich gelohnt hat.»[47]

Was ist dran?

Eine Zumutung waren die Reformen sicherlich – für viele Arbeitnehmer*innen, Arbeitslose, (zukünftige) Rentner*innen, also für den Großteil der Bevölkerung. Gelohnt haben sie sich sicherlich auch, allerdings für andere: für die Unternehmen, die Kosten senken, qualifiziertes Personal halten und unternehmerische Risiken auf die Arbeitenden abwälzen konnten.

Arbeit durch Sozialstaatsabbau und Flexibilisierung

Die Politik, die unter dem Motto «Sozial ist, was Arbeit schafft» betrieben wird, ist das Gegenteil von sozial. Sie zielt vor allem auf eine Deregulierung des Arbeitsmarkts. Spätestens ab Mitte der 1980er Jahre wurde Flexibilität gefördert, wurde die Senkung von Lohn und Lohnnebenkosten propagiert und der Arbeitsschutz reduziert. Mit der Agenda 2010 kam es endgültig zu einer Abkehr vom vorsorgenden Sozialstaat. Leistungen für Arbeitslose, Rentner*innen und in der sozialen Grundversorgung sanken. Arbeitslose sollten fortan unter Androhung von Sanktionen nahezu jede angebotene Arbeit annehmen.

Die Qualität der Arbeit steht dabei im Hintergrund: Ob sie gerecht entlohnt ist und unabhängig macht (z. B. vom Amt, den Eltern oder Partner*innen), ist egal. Genauso, ob sie sinnhaft ist und den eigenen Fähigkeiten entspricht oder ob sie mit eigenem Sozialleben und Familie vereinbar ist. Die meisten der in den letzten Jahren neu entstandenen Jobs sind «atypisch» und oft (unfreiwillige) Teilzeitarbeit. Der Niedriglohnsektor ist enorm angewachsen.

Sichern Einschnitte die Zukunft?

Dabei ist fraglich, inwiefern diese Zumutungen tatsächlich neue Jobs geschaffen haben – oder Arbeit bloß umverteilt und

47 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM): Ist die «Agenda 2010» gerecht? 10 Jahre Hartz-IV-Reformen, 13.3.2013, unter: www.insm.de/insm/kampagne/gerechtigkeit/istdieagenda2010gerecht.html.

schlechter entlohnt wird. Ob der Wirtschaftsaufschwung der letzten Jahre von den Sozial- und Arbeitsmarktreformen begünstigt wurde, ist umstritten. Vieles spricht dafür, dass die Stärke der deutschen Wirtschaft eher mit ihrer Stellung in den globalen Wertschöpfungsketten und dem hohen Spezialisierungsgrad und Produktivitätsniveau der Industrie zu tun hat. Auch der schwache Euro, der niedrige Ölpreis und das politische Management der Finanz- und Eurokrise zulasten der südeuropäischen Staaten haben zur robusten Konjunktur hierzulande beigetragen.[48]

Ob Wachstum zu Wohlstand führt und die Zukunft sichert oder nicht vielmehr zerstört, wird ebenfalls heftig diskutiert. Deutschland hat nicht nur seine Klimaziele verfehlt, sondern durch seine enormen Exportüberschüsse auch (erneut) jene sozialen und ökonomischen Ungleichgewichte verschärft, die zur Finanz- und Weltwirtschaftskrise von 2008/09 geführt haben. Vor allem mit Blick auf die europäischen Nachbarn empfehlen Expert*innen gegenteilige Maßnahmen: öffentliche Investitionen und Lohnerhöhungen. In Deutschland werde zu wenig ausgegeben, die Nachfrage sei zu gering, die Löhne zu niedrig. Deutschland betreibe Lohndumping – auf Kosten der Bevölkerung und der anderen EU-Staaten.[49]

Und übrigens: Sozial ist, was Arbeit abschafft?!

Das Argument, sozial ist, was Arbeit schafft, mit dem die Einschnitte gerechtfertigt wurden und werden, folgt einer kruden und geradezu menschenverachtenden Logik. Arbeit per se ist überhaupt nicht sozial. Arbeit kann schließlich durch allerhand unsoziale oder gar zerstörerische Maßnahmen geschaffen werden: Auch Krieg schafft Arbeit, genauso wie Vandalismus. Auch Zwangsarbeit war und ist Arbeit, aber sicher nicht sozial. Ein großer Teil der Arbeit, die tatsächlich in der Gesellschaft anfällt und die immer mehr wird, nämlich Haus- und Sorgearbeit sowie soziales Engagement, wird meist gar nicht als Arbeit in diesem Sinn betrachtet.

48 Vgl. zu den Effekten der «Agenda 2010» und den Ursachen des Beschäftigungswachstums die Analyse des Instituts für Marketing und Kommunikation (IMK), zusammengefasst unter: Jobwunder kein Effekt der Agenda 2010, in: Böckler Impuls 5/2013, unter: www.boeckler.de/42502_42515.htm. **49** Vgl. Bischoff, Joachim: Neoliberaler Musterschüler Deutschland, 28.8.2016, unter: www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/neoliberaler-musterschueler-deutschland/.

Viele Menschen wollen inzwischen anders leben und arbeiten, als es der Achtstundentag zulässt. Sie wollen mehr selbst gestalten, Auszeiten nehmen oder sich mehr der Familie und ihren Hobbys widmen. Ein Recht auf Sabbatical könnte hierfür politisch den Weg ebnen. Wenn immer mehr Arbeiten durch technischen Fortschritt überflüssig werden, dann ist das gut und kann genutzt werden, um insgesamt weniger zu arbeiten und mehr Zeit für Kultur und Muße zu haben. Dafür muss Arbeit vor allem gesellschaftlich umverteilt und anders reguliert und entlohnt werden. Sozial ist, was jedem einzelnen Menschen zu einem guten Leben verhilft. Sozial ist, was eine gleichberechtigte Gesellschaft schafft, an der alle unabhängig von ihren Voraussetzungen teilhaben und die sie mitgestalten können.

7

UNS GEHT'S DOCH GUT

«Den Menschen in Deutschland ging es noch nie so gut.»

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU)[50]

Was wird gesagt?

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist «so gut wie noch nie», hieß es jahrelang.[51] Die Arbeitslosigkeit ist stark gesunken, und das trotz internationaler Krisen. «Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands, um die uns viele beneiden, ist auch ein Beleg für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik», sagte 2016 der damalige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) und mahnte zugleich an, dass weitere Anstrengungen nötig seien.[52] Nicht nur in Deutschland, sondern vor allem auch in den krisengeschüttelten Ländern: Über Sparen und «Strukturreformen» sollen diese – nach deutschem Vorbild – ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen.

50 Angela Merkel in einer Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag im November 2016, vgl. Tagesspiegel, 23.11.2016, unter: www.tagesspiegel.de/politik/merkel-in-haushaltsdebatte-den-menschen-in-deutschland-ging-es-noch-nie-so-gut/14881374.html. **51** Deutsche Industrie und Handelskammer (DIHK): Die wichtigsten Ergebnisse der DIHK-Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2016, Berlin 2016. **52** Sigmar Gabriel zit. nach: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Pressemitteilung, 27.1.2016, unter: www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=750354.html.

Was ist dran?

Tatsächlich hat die Krise ab 2008 andere Länder sehr viel härter getroffen als Deutschland. Ob die deutsche Krisenpolitik wirklich vorbildlich ist, muss jedoch hinterfragt werden. Deutschland stellt sich als Musterland und Retter der Krisenländer dar, dabei verschärft die deutsche Politik nicht nur die Prekarisierung und soziale Spaltung im Innern, sondern auch die Krise anderswo – und deutsche Unternehmen profitieren davon.

Deutsche Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der Beschäftigten und der europäischen Nachbarn

Deutschland hat bereits seit 2003 mit der Agenda 2010 harte Einschnitte im Arbeits und Sozialbereich durchgesetzt. Die Bevölkerung musste Lohneinbußen und soziale Kürzungen hinnehmen. Ab dem Jahr 2003 sanken die Löhne in Deutschland real und erreichten erst 2014 wieder den vorherigen Stand.[53] Unternehmens und Vermögensgewinne sowie die hohen Einkommen sind im selben Zeitraum dagegen deutlich gestiegen.[54]

Deutsche Konzerne haben sich seit der Agenda 2010 einen zusätzlichen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Euroländern verschafft – nämlich mittels Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes, Niedriglöhnen, Subventionen und Steuersenkungen. Deutschland wurde damit zwischen 2003 und 2008 zum «Exportweltmeister» und verschärfte die Handelsungleichgewichte in der EU, die eine wichtige Ursache der Krise waren. Auch nach der Krise hat die deutsche Politik diese Strategie im Wesentlichen fortgesetzt. Andere europäische Staaten kritisieren dies zu Recht als egoistisch und kurzsichtig.[55]

Deutsche Sparpolitik verschärft die Krise in Europa

Anstatt auf den Wettbewerbsvorteil zugunsten anderer EU-Länder zu verzichten, gewähren Deutschland und die EU ihnen Finanzhilfen – und diktieren dafür die Bedingungen.

53 WSI: Reallöhne erstmals wieder höher als im Jahr 2000, Pressemitteilung, 18.2.2015. **54** Vgl. DIW Wochenberichte 18/2016 und 21/2018. **55** Daher rügte die Europäische Kommission im März 2014 die deutschen Exportüberschüsse und Politiker*innen der Krisenländer forderten Lohnerhöhungen in Deutschland. Die Europäische Kommission stuft Exportüberschüsse von dauerhaft mehr als sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als stabilitätsgefährdend ein. Deutschland erreicht seit Jahren einen Exportüberschuss, der um die Acht-Prozent-Marke schwankt.

Vor allem harte soziale Kürzungen werden so in den Krisenländern erzwungen: Während Banken mit Milliarden gerettet wurden, sind Gehälter, Renten, Gesundheitsausgaben und öffentliche Investitionen in den meisten südeuropäischen Ländern massiv gekürzt worden. Statt zum Aufschwung führen die Kürzungen zu wachsender Armut und teils sogar zu humanitären Katastrophen: Griechenland wurde 2015 an den Rand des Zusammenbruchs getrieben, um die Fortsetzung der rigorosen Sparpolitik gegen den erklärten Willen der Bevölkerungsmehrheit und der Regierung zu erzwingen. Viele Menschen können sich keine medizinische Versorgung und kaum mehr die nötigen Lebensmittel leisten. Die Jugendarbeitslosigkeit lag, trotz einer leichten Entspannung seit dem Höhepunkt der Krise, 2018 noch immer bei 36,6 Prozent.

Laut einigen deutschen Politiker*innen und Boulevardzeitungen führen die Mentalität der Menschen und verschwenderische Ausgaben der Staaten in Südeuropa zur Krise. Dabei arbeiten die Menschen in Griechenland oder Spanien nicht kürzer, sondern sogar länger als in Deutschland. Auch die Sozialsysteme in den Krisenstaaten sind keineswegs überbordend – eher im Gegenteil. Sie sind oft stärker klientelistisch auf privilegierte Gruppen konzentriert, bieten in der Regel aber eine deutlich schlechtere Grundsicherung als die mittel- und nordeuropäischen Sozialsysteme.

Viele Krisenstaaten haben kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem, denn auch sie haben zur Wirtschaftsförderung die Steuern auf Unternehmens- und Vermögensgewinne und hohe Einkommen drastisch gesenkt. Außerdem mussten sie die wesentlich von Deutschlands Exportüberschuss mitverursachten Handels- und Verteilungsungleichgewichte durch die Aufnahme öffentlicher und privater Kredite ausgleichen. Ihre Verschuldung ist die notwendige Kehrseite der deutschen Überschüsse.

Deutschland als Gewinner der Krise

Die Schulden der Krisenländer sind absurderweise also weniger die Ursache, sondern Symptom und Folge der Krise. Und Deutschland ist nicht Zahlmeister, sondern Gewinner: Während es für andere Länder aufgrund ihrer Herabstufung durch

Rating-Agenturen immer schwieriger wurde, Kredite zu bekommen, galten deutsche Staatsanleihen als «sicherer Hafen». Nach Berechnungen der Bundesbank sparte Deutschland durch die extrem niedrigen Zinsen zwischen 2008 und 2017 rund 290 Milliarden Euro im Vergleich zur Vorkrisenzeit. Diese enormen Einsparungen übertreffen bei Weitem die deutschen Ausgaben für die Krise.[56]

Das Problem liegt nicht im Sozial-, sondern im Wirtschafts- und Finanzsystem

Die längerfristigen Ursachen der europäischen Krisen liegen im System. Seit den 1970er Jahren hat sich ein aufgeblähter Finanzsektor entwickelt. Auf der einen Seite werden Geldmengen angehäuft, für die nach Anlage und Verwertungsmöglichkeiten gesucht wird. Als Pendant dazu steigen auf der anderen Seite die Schulden, von Staaten, aber auch von Privathaushalten. Ungleichgewichte und Spekulationsblasen führen seit den 1990er Jahren immer häufiger zu Finanzkrisen. Das System Kapitalismus funktioniert auf Dauer nicht.

Und übrigens: Die Wachstumspolitik führt in die eigentliche Krise

Unsere Wirtschaft beruht auf dem immer schnelleren Ausbeuten, Produzieren, Kaufen und Wegwerfen. 30 Millionen Smartphones wurden 2014 beispielsweise in Deutschland gekauft. Die Nutzungsdauer liegt durchschnittlich bei nur 18 bis 24 Monaten.[57] In Handys sind seltene Rohstoffe wie Coltan verbaut, für die Menschen unter unsäglichen Bedingungen in Minen schuften, Natur zerstört wird und mit deren Einnahmen sogar Kriege finanziert werden.

Die wachsende Produktion verschlingt immer mehr Energie, Wasser und andere lebenswichtige Elemente und produziert gleichzeitig Unmengen an Müll, Giften und CO_2. 3,5 Millionen Tonnen Müll produziert die Weltbevölkerung jeden Tag – den Großteil davon die Industrieländer. Das CO_2 treibt den Klima-

56 Vgl. Greive, Martin: Deutschland spart fast 300 Milliarden Euro, in: Handelsblatt, 11.1.2018, unter: www.handelsblatt.com/politik/deutschland/dank-niedrigzinsen-deutschland-spart-fast-300-milliarden-euro/20836608.html. **57** Informationszentrum Mobilfunk.de: Kurze Innovationszyklen beeinflussen die Nutzungsdauer von Handys, 2015, unter: http://informationszentrummobilfunk.de/kurzeinnovationszyklen-beeinflussendienutzungsdauervon handys#header.

wandel voran. Unter den Folgen – Überschwemmungen und Dürren – leiden schon jetzt vor allem die sogenannten Entwicklungsländer und alle Prognosen gehen von einer katastrophalen Verschärfung in den kommenden Jahrzehnten aus.

Damit die deutschen und europäischen Märkte die vielen produzierten Güter auch absetzen können, werden andere Staaten gezwungen, ihre Märkte zu öffnen. So zerstören beispielsweise subventionierte Tomaten oder Hühnchenimporte aus der EU die lokale Wirtschaft in Ghana und treiben Kleinbäuerinnen und -bauern in den Ruin.

Schließlich kommen die Auswirkungen all dieser Entwicklungen auch in Europa an: Immer mehr Menschen fliehen vor den Folgen des Klimawandels oder vor Ausbeutung. Auf abwertende Art über «Wirtschaftsflüchtlinge» zu sprechen tut so, als hätte dies mit uns nichts zu tun.

Die Krise hat Deutschland tatsächlich nicht gemeistert. Die eigentliche Krise steht, wenn es so weitergeht, noch bevor.

8

DEUTSCHLAND IST IMMER DER ZAHLMEISTER

«Deutschland ist nicht das Sozialamt der Welt.»
Horst Seehofer, ehemaliger CSU-Vorsitzender[58]

Was wird gesagt?

Beim politischen Aschermittwoch 2015 in Bayern wird ein Satz des damaligen CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer besonders bejubelt: «Wir sind nicht das Sozialamt für die ganze Welt.» Damit greift Seehofer einen Wahlkampfspruch der NPD und der AfD auf: Die Flüchtlinge würden durch Sozialleistungen angelockt, die «Belastungsgrenzen» seien erreicht.

58 So bzw. leicht abgewandelt auf AfD-Wahlkampfplakaten zur Bundestagswahl 2013 und Europaparlamentswahl 2014, auf Wahlkampfplakaten der NPD zur Europaparlamentswahl 2014, der damalige CSU-Vorsitzende Horst Seehofer in seiner Rede beim politischen Aschermittwoch der CSU 2015.

Was ist dran?

In Deutschland selbst lösen die Geflüchteten keine Not aus. Mit ihrem Bedarf an günstigem Wohnraum, Arbeit und Unterricht für die Kinder stehen sie zwar in Konkurrenz zu Geringverdiener*innen. Den Mangel an bezahlbaren Wohnungen und an gut ausgebildeten Lehrkräften sowie die maroden Schulen und prekären Arbeitsbedingungen haben die Flüchtlinge aber nicht verursacht. Ursache dafür sind langjährige politische Versäumnisse und eine gezielte Politik der Prekarisierung (Sparen, Flexibilisieren und der Rückzug des Staates aus der Verantwortung).

Geflüchtete kommen nicht wegen Sozialleistungen, sondern aus Not

Würden Sie Ihre Familie verlassen, zu Fuß Hunderte oder Tausende Kilometer überwinden, mehrere Tausend Euro an Schleuser*innen bezahlen, Ihr Leben ohne Wasser in der Wüste oder auf einem Schlauchboot im Mittelmeer riskieren, unter freiem Himmel im Schlamm übernachten und sich von Sicherheitsbeamten misshandeln lassen, nur um vielleicht Sozialleistungen beziehen zu können? – Wohl nicht. Auch die fast 70 Millionen Menschen, die laut Schätzung des UN-Flüchtlingshilfswerks Ende 2017 weltweit auf der Flucht waren,[59] tun das nicht. Sie verlassen ihre Heimat wegen Krieg, Vertreibung und Verfolgung, wegen eines unterdrückerischen Regimes oder weil ihnen dort ihre Lebensgrundlage zerstört wurde. Wer wegen fehlender Perspektiven flieht, wird nicht einmal als Flüchtling gezählt, obwohl er/sie die Heimat kaum freiwillig verlässt.

«Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.» – Deutsche Politik als Teil des Problems

Deutschland und die westlichen Industriestaaten lassen nicht nur Tausende Menschen an ihren Grenzen (z. B. im Mittelmeer) sterben und bürden ihnen durch ihre Abschottung traumatische Fluchtrouten auf. Sie tragen auch direkt dazu bei, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen.

59 Ein Großteil der Menschen, die fliehen müssen, schafft es nicht nach Europa, sondern strandet in Ländern des Mittleren Ostens und Afrikas, vgl. www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten/.

GEFLÜCHTETE LÖSEN KEINE NOT AUS, SIE KOMMEN AUS NOT

Deutschland beliefert als weltweit drittgrößter Waffenexporteur Kriegsregionen und autoritäre Regime. Es war und ist an Kriegen aktiv beteiligt – zum Beispiel in Jugoslawien und in Afghanistan. Kriege um Rohstoffe, wie Öl, werden durch den Markt für wertvolle Rohstoffe finanziert oder befeuert – wie es im Kongo mit dem in allen Handys und Laptops verbauten Coltan geschieht.

Andere «Kriege» um Rohstoffe und Absatzmärkte werden heute nicht mehr mit Waffen, sondern mit Handelsabkommen und -sanktionen geführt, etwa über die Welthandelsorganisation (WTO), die Weltbank oder den Internationalen Währungsfonds (IWF). In diesen Organisationen dominieren die Industriestaaten. In den 1980er und 1990er Jahren zwangen sie viele sogenannte Entwicklungsländer, ihre Märkte für westliche Investoren und Produkte zu öffnen. Globale Konzerne sicherten sich den Zugriff auf billige Rohstoffe, Land und Arbeitskraft. Güter wie Wasser und Strom wurden privatisiert und damit teuer.

Mit ihrer Wirtschaftspolitik zerstören diese Institutionen auch Lebensgrundlagen. Subventionierte europäische Agrargüter überschwemmen die Märkte in «schwächeren» Staaten und entziehen lokalen Kleinbäuerinnen und -bauern die Lebensgrundlage.

Wir haben keine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise der sozialen Gerechtigkeit

In Deutschland angekommen, lösen die Geflüchteten nicht die sozialen Probleme aus. Diese Schieflagen bestehen seit Langem, der akute Bedarf aufgrund der neu hinzugekommenen Menschen machte die Versäumnisse 2015/16 aber in ihrer Dimension sichtbarer.

Das Beispiel Wohnraum zeigt, dass wir heute vor den Ergebnissen langjähriger politischer Versäumnisse stehen: Der soziale Wohnungsbau wurde seit Ende der 1980er Jahre massiv zurückgefahren. Die Städte verkauften große Teile ihres Immobilienbesitzes, um schnelles Geld in die klammen Kassen zu spülen. Von den rund vier Millionen Sozialwohnungen in der Bundesrepublik Ende der 1980er Jahre sind 2013 (vor der «Flüchtlingskrise») nur noch knapp 1,5 Millionen übrig gewesen. Seither ist ihre Zahl

weiter auf rund 1,2 Millionen im Jahr 2017 gefallen.[60] Eine Folge dieser verfehlten Wohnungspolitik ist, dass das Armutsrisiko insbesondere bei Mieter*innen deutlich steigt.[61]

Fazit: Das Ausspielen wenig privilegierter Gruppen gegeneinander nutzt den Reicheren

Natürlich kosten die Geflüchteten den deutschen Staat erst einmal Geld. Sie können größtenteils zunächst nicht selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen, oder rechtliche Regelungen, wie die Vorrangprüfung bei Arbeitsstellen, verhindern das. Zudem benötigen manche der geflüchteten Menschen Therapien, die Kosten verursachen. Die Situation in ihren Heimatländern und die traumatische Flucht haben ihnen oft zugesetzt. Die Menschlichkeit gebietet, sie zu unterstützen.

Geld, dies zu finanzieren, ist genug da. Rund sechs Billionen Euro Privatvermögen besitzen die Deutschen. Allerdings ist diese gigantische Summe höchst ungleich verteilt: Allein die 45 reichsten Familien besitzen laut einer Studie des DIW in etwa so viel wie die Hälfte der gesamten restlichen Bevölkerung.[62] Steuerreformen seit 2000 – vor allem zugunsten von Unternehmen, Kapiteleinkommen und Besserverdienenden – haben Steuerausfälle von rund 45 Milliarden Euro pro Jahr verursacht.[63] Die Bankenrettung hat den deutschen Staat viele Milliarden Euro gekostet.[64] Allein die (Wieder-)Einführung einer Millionärssteuer könnte dagegen jährlich 80 bis 100 Milliarden Euro in die Steuerkassen spülen.[65] Das Verteilungsproblem besteht also, und zwar in der Richtung von oben nach unten.

Von diesen existierenden Verteilungsspielräumen lenken die rechten Parolen ab. Im Gegenteil begünstigen ihre Vorschlä-

60 Vgl. Beitzer, Hannah: Warum in Deutschland so viele Sozialwohnungen fehlen, in: Süddeutsche Zeitung, 4.8.2018, unter: www.sueddeutsche.de/wirtschaft/sozialwohnungen-warum-in-deutschland-so-viele-fehlen-1.4081722. **61** Vgl. DIW Wochenbericht 21/2018. **62** Vgl. Süddeutsche Zeitung, 23.1.2018, unter: www.sueddeutsche.de/wirtschaft/diw-studie-zur-ungleichheit-den-reichsten-deutschen-gehoert-so-viel-wie-der-haelfte-der-uebrigen-bevoelkerung-1.3837188. **63** Vgl. Hans-Böckler-Stiftung: Verlorene Milliarden, in: Magazin Mitbestimmung 6/2013. **64** Zu den verschiedenen Berechnungsversuchen vgl. etwa: Pfeiffer, Hermannus: Was kostet uns die Bankenrettung?, in: neues deutschland, 14.9.2018, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/1100361.rettungsschirm-fuer-banken-was-kostet-uns-die-bankenrettung.html **65** Vgl. DIE LINKE im Rahmen ihrer Aktion Umfairteilen, unter: www.dielinke.de/fileadmin/download/aktionen/umfairteilen/download/120904_umfairteilen_faq.pdf. Gemeint ist eine Wiedereinführung der Vermögensteuer auf Privatvermögen mit einem Freibetrag von einer Million Euro und einem Steuersatz von fünf Prozent. Eine Vermögensteuer wurde in Deutschland bis 1996 erhoben.

ge weiter die bereits Privilegierten. Das zeigt beispielsweise die Debatte um die Ausnahmen vom Mindestlohn für Geflüchtete. Sie schafft Akzeptanz für eine weitere Aushöhlung des Mindestlohns und für Lohndumping – statt bessere Bedingungen für alle Arbeitnehmer*innen zu schaffen.

In Deutschland lebende Migrant*innen liegen dem deutschen Staat nicht auf der Tasche. Statistiken zufolge zahlen Migrant*innen im Schnitt rund 3.000 Euro pro Jahr mehr an Steuern ein, als sie an Sozialleistungen beziehen.[66] Das gilt trotz der Tatsache, dass ihr Armutsrisiko mehr als doppelt so hoch ausfällt wie bei Menschen ohne Migrationshintergrund.[67] Auch rechnen die Wirtschaftsinstitute damit, dass die Geflüchteten dem Staat bald mehr Einnahmen bringen werden, als sie Ausgaben verursacht haben.[68]

Und übrigens: Geflüchtete leben nicht im Luxus

Tatsächlich ist Deutschland für Geflüchtete ein attraktives, weil besonders reiches Land. Allerdings führen sie hier wahrlich kein Luxusleben.[69] Wer möchte schon an einem zugewiesenen Ort, in Massenunterkünften auf engstem Raum mit fremden Menschen leben, gezwungen zum Nichtstun, ohne Erwerbsarbeit und mit kaum Möglichkeiten, Deutsch zu lernen, und mit einer eingeschränkten Gesundheitsversorgung, bei der Leistungen teilweise nur auf Antrag beim Sozialamt gewährt werden.[70]

66 Laut Bertelsmann-Stiftung zahlten Menschen ohne deutschen Pass 2014 im Schnitt 3.300 Euro mehr an Steuern, als sie in Form von Kindergeld oder sonstigen staatlichen Unterstützungen bekamen, siehe: www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Bonin_Beitrag_Zuwanderung_zum_dt_Staatshaushalt_141204_nm.pdf. **67** Vgl. DIW Wochenbericht 21/2018. **68** Vgl. Fratzscher, Marcel/Junker, Simon: Integration von Flüchtlingen – eine langfristig lohnende Investition, Studie des DIW, Berlin 2015. Auch IWF und Bundesbank kommen zu ähnlichen Schlüssen. **69** Bis 2012 bekamen hilfebedürftige Asylbewerber*innen in Deutschland oft nur die Hälfte dessen, was Hartz-IV-Bezieher*innen zusteht. 2012 urteilte das Bundesverfassungsgericht, das sei menschenunwürdig. Dennoch werden Leistungen bis heute, teilweise sogar wieder verstärkt, hauptsächlich in Form von Sachleistungen oder Gutscheinen gewährt. **70** Der Umfang der Gesundheitsleistungen für Geflüchtete ist gegenüber der gesetzlichen Krankenversicherung eingeschränkt und variiert je nach Aufenthaltsstatus und länderspezifischen Regelungen. In den ersten 15 Monaten nach Ankunft in Deutschland (der sog. «Wartezeit») wird der Leistungszugang in einigen Bundesländern noch immer nur auf Antrag über die Ausgabe von Behandlungsscheinen durch die Sozialämter geregelt. Und auch dort, wo die elektronische Gesundheitskarte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) inzwischen auch innerhalb der ersten 15 Monate eine unbürokratischere Versorgung sichert («Bremer Modell»), müssen einige Leistungen, die von der gesetzlichen Krankenversicherung abgedeckt sind, extra beantragen werden und können mit dem Argument der «Aufschiebbarkeit» abgelehnt werden. Nicht nur Flüchtlingsinitiativen, sondern auch der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen kritisiert diese Ungleichbehandlung. Vgl. www.gkv-spitzenverband.de/presse/themen/fluechtlinge_asylbewerber/fluechtlinge.jsp.

Im internationalen Vergleich ist Deutschland auch nicht überdimensional «belastet». Ende 2017 beherbergte Deutschland mit knapp einer Million etwas weniger Flüchtlinge als der politisch instabile Libanon, dessen Einwohnerzahl nicht einmal ein Dreizehntel der deutschen ausmacht und dessen Wirtschaftskraft sogar um mehr als das 70-Fache geringer ausfällt.[71]

Die meisten Menschen fliehen in Länder mit geringer Wirtschaftskraft – innerhalb ihres Landes oder in die Nachbarstaaten. Sie fliehen dorthin, wo sie Familie und Freund*innen haben, die Sprache sprechen oder Rückkehrmöglichkeiten einfacher erscheinen. Nach Europa zu fliehen ist teuer und gefährlich, weil es kaum legale Einreisemöglichkeiten gibt. «Entlasten» würde hingegen alle Menschen eine Weltpolitik, die verhindert, dass Menschen Flucht und Vertreibung erleiden müssen.

DAS PREKARIAT SCHERT SICH NICHT UM POLITIK

«Die Unterschicht lebt im Hier und Heute und kümmert sich nicht um die Zukunft. Weder um die eigene noch um die der Gesellschaft.»
Stern[72]

Was wird gesagt?

Die «Unterschicht» ist politisch nicht interessiert oder politikverdrossen. Ablesen lässt sich das an ihrer geringen Wahlbeteiligung, wobei Nichtwählen mit einer insgesamt passiven Haltung gegenüber Zukunftsfragen gleichgesetzt wird. Die Parteien haben die «Unterschicht» ohnehin weitgehend aufgegeben. Die SPD, die ehemalige Partei des Proletariats, tritt längst und vor allem als «Partei der Mitte» an.

71 Vgl. die Zahlen des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR unter: www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten/. **72** Wüllenweber, Walter: Das wahre Elend, in: Stern, 22.12.2004.

Was ist dran?

Politikverdrossenheit der Unterschicht?

Tatsächlich legen manche Wahlanalysen den Schluss nahe, die «Unterschicht» interessiere sich nicht für Parteipolitik. Schon die Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zu politischen Orientierungen in der deutschen Wählerschaft von 2007 verzeichnete im «abgehängten Prekariat» den größten Anteil der Nichtwähler*innen. Auch zehn Jahre später stellten Analysen der Bundestagswahl 2017, bei der die Gesamtwahlbeteiligung gegenüber Vorwahlen deutlich gestiegen war, weiterhin fest: «Je höher der Anteil der Haushalte aus der Gruppe der Milieus der unteren Mittel- und Unterschicht ist, desto geringer ist dort die Wahlbeteiligung.»[73] Dieser Zusammenhang ist also nicht neu,[74] er verschärft sich aber vor allem dort, wo es durch soziale Selektions- und Verdrängungsprozesse in den Städten und Regionen zu einer räumlichen Konzentration von sozialen Problemlagen und Armut kommt.[75]

Politisches Interesse ja, politischer Einfluss nein

Die Studien stellen aber ebenfalls fest, dass die sinkende Wahlbeteiligung keineswegs mit Desinteresse an der Politik zu erklären ist. Im Gegenteil: Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung belegt, dass die Bevölkerung erhebliche Erwartungen an die Politik hat. Viele Wahlberechtigte wenden sich aber von der Politik ab, weil sie kein Vertrauen (mehr) in die Parteien haben. Eine weitere Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt sogar, dass das Interesse an lokaler Politik wächst, je ausgeprägter die Wahlenthaltung ist.[76]

Einfluss hat, wer die Ressourcen dazu aufbringen kann

Tatsächlich erlebt ein großer Teil der Bevölkerung, dass Politik kaum in ihrem Sinne betrieben wird, und dass ihr Gang zur Wahlurne daran wenig ändert. Soziale Kürzungen und verschärfte Zumutungen treffen vor allem die unteren Bevölkerungsschichten, während Besserverdienende oder Besitzende

73 Vehrkamp, Robert/Wegschaider, Klaudia: Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2017. **74** Vgl. Schäfer, Armin: Wahlbeteiligung und Nichtwähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48–49/2013, S. 4. **75** Vgl. Kahrs, Horst: AfD – eine Partei für Nichtwähler? Wahlbeteiligung und Mobilisierung von Nichtwählerinnen und Nichtwählern seit 2013, Arbeitspapier der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2017. **76** Vgl. Güllner, Manfred: Nichtwähler in Deutschland, Berlin 2013, S. 7 und 39 f.

in den letzten Jahrzehnten von Steuergeschenken profitierten – unabhängig davon, welche Parteien an der Regierung waren. Gesetze wie die Sozial und Arbeitsmarktreformen 2003/04 (Agenda 2010) werden oft gar nicht mehr von Parteien verhandelt. Sie werden in sogenannten Expertenkommissionen formuliert, die angeblich ganz objektiv den Sachzwängen Rechnung tragen. Dabei wirken dort Lobbyist*innen mit.

Lobbyarbeit ist allerdings ressourcenintensiv, sie erfordert Zeit, Geld, Wissen und Beziehungen. Schwierige Voraussetzungen für «Prekäre». Besserverdienende, Unternehmen und Unternehmensverbände dagegen verfügen über die Ressourcen, auch diese Einflussmöglichkeiten effektiv zu nutzen.

Das hat Folgen für die politische Agenda: Eine Studie auf der Basis von 800 Fragen aus repräsentativen demoskopischen Untersuchungen aus dem Zeitraum zwischen 1980 und 2013 zeigt etwa, dass die politischen Präferenzen der reichen Einkommensschichten sich in hohem Maße mit den politischen Entscheidungen der wechselnden Regierungen decken. Zwischen den Präferenzen der ärmeren Schichten und der realen Politik bestand dagegen kein oder sogar ein negativer Zusammenhang.[77]

Fazit: Die Demokratie geht den «Prekären» verloren

Die «Unterschicht» scheint ein recht klares Bild von den gesellschaftlichen Verhältnissen, ihrer Stellung und ihrer politischen Vertretung zu haben. Es ist angesichts dieser Ignoranz gegenüber ihren Interessen verständlich, dass viele nicht wählen gehen. Es ist nicht die «Unterschicht», die der Demokratie verloren geht, sondern vielmehr die Demokratie, die der Unterschicht oder sogar einem Großteil der Bevölkerung verloren geht.

Wenn es nicht gelingt, das politische Parteiensystem zu demokratisieren und den sozialen Anliegen der Mehrheit Gehör zu verschaffen, gewinnen Rechtspopulist*innen wie die der AfD

77 Vgl. Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin: Government of the People, by the Elite, for the Rich. Unequal Responsiveness in an Unlikely Case, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Discussion Paper 5/2018, unter: www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/2018/dp18-5.pdf.

weiterhin viele Nichtwähler*innen für sich: indem sie diffuse Ängste und Abwertungserfahrungen aufgreifen und auf einfache Erklärungen, Sündenböcke und Stimmungsmache gegen noch «Schwächere» zurückgreifen.

Und übrigens: Organisierung und Kämpfe der «Prekären»
Die «Unterschicht» oder die «Prekären» schätzen die eigenen Einflussmöglichkeiten als gering ein. Trotzdem versuchen einige von ihnen in ihrem Wohnviertel, im Betrieb oder darüber hinaus, Druck auf die Verantwortlichen auszuüben, um ihrer Situation zu verbessern.

Dass prekäre Interessenvertretung möglich ist, zeigen die bereits lange arbeitenden Erwerbsloseninitiativen, die Zunahme von Streiks und kreativen Aktionen prekär Beschäftigter,[78] Stadtteilinitiativen, die um ein Recht auf Wohnen und gegen Verdrängung und Zwangsräumungen kämpfen, oder auch Protestmärsche, Besetzungen und Hungerstreiks, mit denen Gruppen von Geflüchteten auf ihre entrechtete Situation aufmerksam machen.

Alle diese Initiativen entstehen unter erschwerten Bedingungen und oft erst nach langem Leidensdruck – aber: Es gibt sie und es werden immer mehr! Um über punktuelle Erfolge hinauszukommen, müssen sie stärker miteinander verbunden werden. Dafür sind sie aber auch auf Unterstützung durch größere Organisationen und weniger prekäre Gruppen angewiesen.

78 Beispiele: Die Streiks bei Ryanair 2018/19 und die Organisierung von Deliveroo-Fahrer*innen, die andauernden Streiks bei Amazon, der «Kita-Streik» und der Pflegestreik am Berliner Krankenhaus Charité 2015. Das Besondere am Charité-Streik: Unter dem Motto «Mehr von uns ist besser für alle» streikten die Beschäftigten nicht nur für sich, sondern prangerten allgemein die Folgen der Sparpolitik im Gesundheitswesen an – auch für die breite Bevölkerung.

10

PEGIDA, AFD UND CO. SIND DAS PREKARIAT

«Das ist Pack, was sich hier rumgetrieben hat.»
Sigmar Gabriel anlässlich der Ausschreitungen gegen die Flüchtlingsunterkunft in Heidenau[79]

Was wird gesagt?

Angesichts von Pegida und AfD fällt Politiker*innen und Medienmacher*innen auf, dass es eine Menge Unzufriedenheit mit der Politik gibt. «Pack, Pöbel, Prolls» sind einige der bevorzugten Bezeichnungen für die, die in Dresden oder auch vor Unterkünften von Geflüchteten protestieren und Gewalt ausüben – als ob es sich bei den dort aktiven Rassist*innen ausschließlich um Außenseiter*innen, um die «abgehängte Unterschicht» handelt. Auch von «Modernisierungsverlierern» wird gern gesprochen.[80] Der AfD-Bundessprecher und Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland betont derweil, die AfD sei die «Partei der kleinen Leute» und insbesondere der völkisch-nationalistische «Flügel» der AfD, für den etwa Björn Höcke steht, inszeniert sich als Verteidiger des Sozialstaats (natürlich nur für «Deutsche»).

Was ist dran?

Die AfD und andere Rechtspopulist*innen mobilisieren Wähler*innen aus allen Schichten für sich, indem sie Ängste aufgreifen und sozial verunsicherte oder ausgegrenzte Gruppen gegeneinander ausspielen: Arbeiter*innen gegen Arbeitslose, Arbeitslose mit deutschem Pass gegen Migrant*innen. Dabei hilft das gegenseitige Ausspielen diesen Gruppen selbst am wenigsten. Die Spaltung wird nur vertieft.

Wer wählt rechts?

Die wissenschaftliche Debatte darüber, wie sich die Basis der rechten Parteien und Bewegungen zusammensetzt, wird intensiv und kontrovers geführt. Das liegt vor allem daran, dass es auf

79 Sigmar Gabriel zitiert nach: Inforadio, 24.8.2015, unter: www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/int/201508/24/ausschreitungeninheidenau.html. **80** Spier, Tim: Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden 2010.

die Frage, wer wählt rechts?, keine einfache Antwort gibt. Das Bild ist je nach Land, Region und sozialer Lage uneinheitlich. Generell gilt: Es handelt sich um ein klassenübergreifendes Phänomen, das sich von den vielfältigen Krisen unserer Zeit nährt.

In der aktuellen Forschung lassen sich grob zwei Hauptansätze zur Erklärung der Erfolge rechter Parteien unterscheiden. Beide haben eine gewisse Plausibilität, sind für sich allein genommen aber zu einseitig.

«Globalisierungsverlierer» werden zu Protestwähler*innen?

Oft wird angenommen, vor allem jene wählten rechts, die von der Globalisierung besonders benachteiligten seien. Sie wollten damit ihre Verachtung für «die politische Klasse» und ihrer Wut über die Missachtung ihrer Interessen ausdrücken.[81] Gemeint sind damit meist die prekäre «Unterschicht», aber auch Industriearbeiter*innen und die untere, eher traditionell orientierte Mittelschicht, die um Sicherheit und Heimat fürchtet.

Für diese Sicht sprechen einige empirische Hinweise: Die AfD ist in ländlichen Räumen und strukturschwachen Regionen sowie bei (v. a. männlichen) Arbeitslosen und Arbeiter*innen besonders erfolgreich.[82] Eine Analyse der Bertelsmann-Stiftung zur Bundestagswahl 2017 kommt zu dem Ergebnis, dass der Anteil der AfD-Wähler*innen im «prekären Milieu» mit 28 Prozent höher war als in jedem anderen Milieu.[83] Auch bei den sogenannten «Traditionellen» aus der Mittel- und Unterschicht ist der Anteil überdurchschnittlich hoch. Allerdings gilt weiterhin, dass ein Großteil der Prekären gar nicht wählen geht. Dieselbe Studie stellt außerdem fest, dass in der «bürgerlichen Mitte» mit 20 Prozent ebenfalls weit überdurchschnittlich häufig AfD gewählt wurde.[84]

81 Vgl. etwa Jörke, Dirk/Nachtwey, Oliver (Hrsg.): Das Volk gegen die (liberale) Demokratie, Leviathan Sonderband 32, Baden-Baden 2017 sowie zur Kritik und Differenzierung Koppetsch, Cornelia: Rechtspopulismus als Klassenkampf? Soziale Deklassierung und politische Mobilisierung, in: WSI-Mitteilungen 5/2018, S. 382–391. **82** Forschungsgruppe Wahlen: Wahlanalyse Bundestagswahl 2017, unter: www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/Newsl_Bund_170928.pdf. **83** Vgl. Vehrkamp, Robert/Wegschaider, Klaudia: Populäre Wahlen. Mobilisierungen und Gegenmobilisierungen der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017, Bertelsmann-Stiftung 2017. **84** Die Untersuchung «Deutsche Zustände» stellte schon 2010 den deutlichen Anstieg einer «rohen Bürgerlichkeit» bei Besserverdiener*innen fest: Sozial Schwächere würden verstärkt abgewertet und Solidarität verweigert. Vgl. Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10, Frankfurt a. M. 2010.

Die AfD ist eine marktradikale Partei

Tatsächlich ist die AfD insbesondere auch in den Wohlstandsregionen in Bayern und Baden-Württemberg sowie in Sachsen (dem wirtschaftlich stärksten unter den ostdeutschen Bundesländern) erfolgreich. Ein Großteil der Parteifunktionär*innen rekrutiert sich aus dem konservativen Bürgertum. Die Partei entstand aus dem Protest radikalisierter Neoliberaler gegen finanzielle Hilfen für die von der Krise besonders betroffenen Länder in Europa. Sie vertritt auch nach ihrem Wandel in eine offen rassistische und in Teilen völkische Partei marktradikale Positionen in fast allen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen.[85]

Abwehr kultureller Freiheit und Vielfalt?

Die Gesamtverteilung der AfD-Stimmen zwischen den sozialen Milieus legt nahe, dass es vor allem auf Autorität und Hierarchie orientierte Lebensweisen und Ordnungsvorstellungen sind, die zur Wahl der Rechtspopulist*innen und Rechten motivieren.[86] Dementsprechend behauptet ein zweiter Ansatz, die Unterstützung rechter Parteien erkläre sich generell weniger aus sozioökonomischen Lagen oder Abstiegserfahrungen als aus einer kulturellen Abwehr gegen die Liberalisierungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte.[87] Dafür spricht sicherlich die AfD-Hetze gegen «Multikulti» und vermeintlichen «Genderwahn». Allerdings zeigen Langzeitstudien, dass solche Einstellungen gegen Vielfalt und Gleichberechtigung in den vergangenen zehn Jahren eher ab- als zugenommen haben.[88] Sie können, für sich genommen, den Aufstieg der Rechten also kaum erklären. Außerdem spricht vieles dafür, dass hinter den Ressentiments gerade auch jene sozialen Verunsicherungen stehen, die in den voranstehenden Kapiteln Thema waren – und die über ökonomische Abstiegserfahrungen und Armut weit hinausgehen

85 Vgl. Friedrich, Sebastian: Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen, Berlin 2017. **86** Vgl. Vehrkamp, Robert/Wegschaider, Klaudia: Populäre Wahlen. Mobilisierungen und Gegenmobilisierungen der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2017. **87** Vgl. etwa Inglehart, Ronald/Norris, Pippa: Trump, Brexit and the Rise of Populism, in: Harvard Kennedy School Faculty Research Working Paper 26/2016 sowie Lengfeld, Holger: Die «Alternative für Deutschland». Eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2017, unter: https://scinapse.io/papers/2638067980. **88** Vgl. Zick, Andreas/Preuß, Madlen: Einstellungen zur Integration in der deutschen Bevölkerung. Dritte Erhebung im Projekt «Zugleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit», 2019, unter: www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3_Publikationen/2019/2019_01/ZugleichIII_Stiftung_Mercator_Langfassung.pdf sowie zur Übersicht der einschlägigen Langzeitstudien Lill, Max: Trügerische Ruhe im bedrohten Paradies?, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2015, unter: www.rosalux.de/publikation/id/6856/.

Unsicherheit und ökonomistisches Denken als Nährboden für Rechtspopulismus

Viele Wähler*innen geben an, vor allem aus Enttäuschung über die Politik der großen Parteien AfD zu wählen. Viele sehen ihren Status bedroht und sitzen der Parole auf, die Geflüchteten oder der Islam nähmen ihnen etwas weg. Autoritäre und menschenfeindliche Einstellungen stehen dabei in einem klaren statistischen Zusammenhang zu einem Denken in Begriffen der ökonomischen Nützlichkeit und einer Alltagsmoral, die vom Recht des Stärkeren ausgeht.[89] Erfahrungen des Kontrollverlusts, etwa im Berufsleben, sollen demnach durch Ausschluss und autoritäre Maßnahmen aufgefangen werden.[90]

Untersuchungen zu rechten Einstellungen bei Arbeiter*innen und Gewerkschaftsmitgliedern zeigen, dass Ressentiments gegen schwächere Gruppen vor allem durch die Erfahrung verschärfter Konkurrenz in Betrieb und Alltag gestützt werden.[91] Wenn ständig zwischen Gewinner*innen und Verlierer*innen unterschieden wird und solidarische Handlungsweisen und Deutungsmuster an den Rand gedrängt werden, dann erscheint die kollektive Abwertung anderer als eine Möglichkeit, die eigene Position zu behaupten und sich auf Kosten anderer stark zu fühlen. Letztlich wird die soziale Spaltung so aber nur vertieft.

Das Bild in Europa ist uneinheitlich

Generell lässt sich festhalten: Es gibt große Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft rechter Parteien. Es liegt nahe, dabei auch jeweils unterschiedliche Wahlmotive zu vermuten: Bei der «Brexit»-Wahl in den vernachlässigten Industriestädten im Norden Englands dürfte für viele ärmere Menschen etwa die Angst vor verschärfter Konkurrenz im Niedriglohnsektor durch Arbeitsmigration genauso eine Rol-

89 Das haben vor allem die Langzeituntersuchungen «Deutsche Zustände» von Wilhelm Heitmeyer in repräsentativen Befragungen nachgewiesen. Vgl. auch: Heitmeyer, Wilhelm: Autoritäre Versuchungen, Frankfurt a. M. 2018. **90** Vgl. auch Kohlrausch, Bettina: (Subjektive) Erfahrungen im Berufskontext und das Erstarken rechtspopulistischer Deutungsmuster, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 6/2018, S. 22–26, unter: www.spw.de/data/229_kohlrausch.pdf. **91** Vgl. Dörre, Klaus/Bose, Sophie/Lütten, John/Köster, Jakob: Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte, in: Berliner Journal für Soziologie, 2018, unter: https://link.springer.com/article/10.1007/s11609-018-0352-z sowie Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Joachim/Müller, Bernhard: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg 2018.

le gespielt haben wie die Wut über die Folgen der Sparpolitik. Der Wohlstandschauvinismus der italienischen Lega Nord bekämpft dagegen gerade staatliche Umverteilung zugunsten des armen Südens des Landes. Die Lega Nord setzt weitere Steuersenkungen für Unternehmen durch und sichert Privilegien mit autoritären Mitteln ab.[92]

Generell fällt im europäischen Vergleich auf, dass die Erfolge der Rechten sich vor allem im Norden und Osten des Kontinents konzentrieren, während in den von der Finanz- und Eurokrise und der Sparpolitik besonders schwer betroffenen südeuropäischen Ländern vielfach eher linke Bewegungen und Parteien Zulauf fanden (so etwa in Spanien, Portugal und Griechenland). Das dürfte damit zu tun haben, dass die Betroffenheit von den Auswirkungen der verschärften internationalen Konkurrenz durch die Öffnung der Märkte einerseits und verstärkte Migrationsbewegungen andererseits sehr unterschiedlich ist.[93] Es ist also wichtig, genau hinzuschauen und nicht vorschnell zu pauschalisieren.

Fazit: Eine Politik der Solidarität gegen Prekarisierung ist nötig

Wie können die realen Sorgen und Verunsicherungen – auch derer, die sich für Pegida oder die AfD gewinnen lassen – ernst genommen werden, ohne den rassistischen Vorbehalten ein Forum zu bieten? Dass CDU/CSU und SPD die Einstellungen aufgreifen und damit eine Asylrechtsverschärfung nach der anderen begründen, ist sicherlich die falsche Reaktion. Eine Politik, die Prekarisierung auf die Tagesordnung setzt, rückt dagegen Themen in den Mittelpunkt, die für alle wichtig sind: gute Arbeit, Zeit für Alltag und Familie, lebenswertes Wohnen sowie gute Gesundheitsversorgung und Absicherung im Alter und im Fall von Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Diejenigen, die aus Enttäuschung und Abstiegsangst AfD wählen, könnten vielleicht mit einer radikalen Politik der Solidarisierung und der sozialen Gerechtigkeit zurückgewonnen werden.

92 Vgl. Manow, Philip: Die Politische Ökonomie des Populismus, Frankfurt a. M. 2018. **93** Ebd.

11

WIDERSTAND IST ZWECKLOS

«Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.»
Helmut Schmidt (SPD)[94]

Was wird gesagt?

Oft heißt es, man könne ja doch nichts ändern, jedenfalls nicht im Großen und für uns alle. «Eigenverantwortung» war das Zauberwort der Aktivierungspolitik nach der Jahrtausendwende. Wenn jede*r sich um sich selbst kümmert, so die implizite Logik, sei ja für alle gesorgt. Und ohnehin sind die Menschen doch zunehmend politikverdrossen. Die großen Zeiten sozialer Bewegungen sind vorbei – oder etwa nicht?

Was ist dran?

Tatsächlich gibt es in vielen Ländern neue und wachsende Bewegungen, die kleine, aber auch große Erfolge erzielen. Auch in Deutschland gab es seit 2018 eine deutlich steigende Zahl von Großdemonstrationen für eine Vielzahl wichtiger Anliegen. Neben Arbeitslosigkeit und Arbeitsbedingungen, dem Schutz von Geflüchteten und dem Kampf gegen Rassismus und Sexismus geht es in diesen Protesten unter anderem um bezahlbaren Wohnraum, um Klimaschutz und ein Gesundheits- und Pflegesystem, das den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. Oder es geht um ein gutes Bildungssystem, das allen unabhängig vom Einkommen gleichermaßen zugänglich ist. Diese Themen bewegen viele.

Im Berliner Bezirk Kreuzberg zum Beispiel wehren sich Menschen schon sehr lange und ziemlich erfolgreich gegen Miet-

94 Altkanzler Helmut Schmidt bezeichnete diesen vielzitierten Ausspruch später selbst als «pampige Antwort auf eine dusselige Frage», Schmidt zit. nach: Lorenzo, Giovanni di: Verstehen Sie das, Herr Schmidt? Interview mit Helmut Schmidt, in: Die Zeit, 4.3.2010, unter: www.zeit.de/2010/10/Fragen-an-Helmut-Schmidt/seite-4.

steigerungen und Verdrängung in ihrem Kiez. Sie haben sich gegen alle Entmutigungsversuche zusammengetan, um für ihre Sache gemeinsam zu kämpfen. Das fühlt sich nicht nur gut an. Die Aktivist*innen wissen auch, dass sie mit ihren Aktivitäten die Herrschenden nervös machen. «Die Angst hat die Seiten gewechselt», unter diesem Plakat sammelten sich im März 2015 Tausende Demonstrant*innen, die in Frankfurt am Main gegen die Krisenpolitik der Europäischen Zentralbank und den Finanzmarktkapitalismus demonstrierten.

Die Bewegung ist international – und sie wächst, auch wenn das in den Medien wenig vorkommt

Seit 2011 kam es zu Platzbesetzungen in vielen Ländern der Welt. Sie machten den Widerstand erstmals massenhaft sichtbar, so etwa in Spanien und Griechenland, wo Hunderttausende gegen die Sparmaßnahmen infolge der Krise protestierten. Sie wehrten sich zum Beispiel gemeinsam gegen Zwangsräumungen und organisierten sich. Inzwischen regieren Aktivist*innen in einigen der großen Städte Spaniens mit und setzen soziale Verbesserungen durch. In vielen Ländern Europas wurden Generalstreiks organisiert und neue linke Parteien gegründet, die teilweise, wie etwa in Portugal, inzwischen eine Rücknahme von vielen der sozialen Einschnitte im Zuge der Eurokrise und alternative Konzepte durchsetzen konnten. In Frankreich blieben 2016 Tausende Demonstrant*innen der Bewegung «Nuit Debout» nächtelang wach, um gegen den Abbau von Arbeitsrechten und Rentenkürzungen zu protestieren und im Herbst 2018 blockierten die sogenannten «Gelbwesten» massenhaft Straßen und Plätze, um gegen die hohen Lebenshaltungskosten und eine ungerechte Steuerpolitik zu protestieren.

Beeindruckend sind auch die Entwicklungen in England: Dort gelang es Aktivist*innen, eine programmatische Kehrtwende der Labour Party unter dem Vorsitzenden Jeremy Corbyn gegen heftigen Widerstand des Parteiestablishments durchzusetzen. Mit dem Plädoyer für umfassende öffentliche Investitionen, Umverteilung und eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Institutionen konnte Labour, trotz aller Wirren um den Brexit, vor allem bei jungen Wähler*innen massiv an Zustimmung gewinnen. Ähnliches gilt für die von Euphorie begleitete Präsidentschaftskampagne von Bernie Sanders in den USA 2016.

AM WIDERSTAND ERFÄHRT DER MENSCH SICH SELBST

Daraus ging eine progressive Bewegung zur Erneuerung der Demokratischen Partei hervor, die einen grundlegenden Umbau von Politik und Wirtschaft und eine freie Gesundheitsversorgung für alle anstrebt.

Auch in Deutschland bewegt sich was

Im Herbst 2018 demonstrierte eine Viertelmillion Menschen unter dem Motto «#unteilbar» in Berlin für Solidarität und gegen Ausgrenzung. Die Willkommensbewegung, die während der Ankunft Hunderttausender Geflüchteter in Deutschland 2015 entstand, ist im Alltag weiterhin breit aktiv und stellt sich den Asylrechtsverschärfungen und dem Alltagsrassismus entgegen. Auch die Bewegung für bezahlbaren Wohnraum hat im Laufe des Jahres 2018 in vielen Städten neue Fahrt aufgenommen und Proteste gegen die Folgen von Privatisierungen führten in den letzten Jahren vielfach zur Rekommunalisierung sozialer Infrastrukturunternehmen.

Deutsche Kindergärtner*innen streikten in den letzten Jahren mit Erfolg für eine Aufwertung ihres Berufs. Pfleger*innen der Charité in Berlin konnten 2016 mit Unterstützung von Aktivist*innen erstmals eine tarifrechtlich vereinbarte Mindestbesetzung beim Personal sowie Verbesserungen bei Gesundheitsschutz und Ausbildung durchsetzen. Sie stießen damit auch eine bundesweite Debatte über den Pflegenotstand mit an. 2018 setzten die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie den Anspruch auf eine bis zu zweijährige sogenannte «kurze Vollzeit» von 28 Stunden pro Woche gegen scharfen Widerstand der Arbeitgeber durch und schufen damit einen möglichen Einstieg in eine neue Arbeitszeitpolitik, die Arbeit umverteilt und selbstbestimmter begrenzt. Klimaaktivist*innen und Schüler*innen streikten 2018 und 2019 massenhaft und weltweit für einen schnellen Ausstieg aus der Braunkohle und eine Energie- und Verkehrswende. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Gemeinsam gewinnen!

Diese Kämpfe können noch mehr. Denn sie fragen danach, wo die Ursachen hinter den tagtäglichen Sorgen liegen und wie sie miteinander zusammenhängen. So können sie bisher vereinzelte Proteste verbinden. Wenn Krankenpfleger*innen mit (zukünftigen) Patient*innen, Kindergärtner*innen mit Eltern und

Großeltern, Mieter*innen mit Geflüchteten, Schüler*innen mit Senior*innen, Arbeitende mit Erwerbslosen auf die Straße gehen, dann können sie gemeinsam Druck erzeugen und mehr bewirken als allein. Die Protestierenden verlieren nur, wenn sie sich gegeneinander ausspielen lassen. Das heißt auch, dass alle, ob selbst aktuell betroffen oder nicht, gemeinsam gegen die Stigmatisierung von Erwerbslosen, Menschen mit geringem Einkommen, Geflüchteten, Wohnungslosen und anderen einstehen sollten.

Das Gemeinsame der Anliegen, nämlich die prekäre Lebenssituation, muss dafür sichtbar gemacht werden – auch wenn das nicht immer einfach scheint.

Und übrigens:
Bei Kämpfen um eine bessere Zukunft geht es nicht darum, die Uhr zurückzudrehen, denn früher war auch nicht alles besser. Es bieten sich heute Chancen, um die Bewegungen in der Vergangenheit hart gerungen haben: Andere Lebens-, Arbeits- und Familienformen sind möglich. Die neue Offenheit und Flexibilität muss allerdings für die Menschen da sein und darf nicht zum Instrument neuer Ausbeutungsformen werden.

Die Zukunft gemeinsam und solidarisch zu gestalten, um mehr Kekse für alle zu kämpfen und diese gerecht zu verteilen, darin liegen die Herausforderungen unserer Zeit. Es liegt an uns, dies gemeinsam zu versuchen!

GLOSSAR

Agenda 2010: Sammelbegriff für ein Bündel an Reformen, vor allem in den sozialen Sicherungssystemen und am Arbeitsmarkt, der rot-grünen Bundesregierung 2003/04. Sie führten zu tief greifenden Einschnitten bei Sozialleistungen: Rente, Gesundheit, Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden begrenzt bzw. in Grundsicherungsleistungen umgewandelt. Die Absicherung des eigenen Status erfolgt seitdem hauptsächlich über private Vorsorge. Wichtige Bestandteile der Agenda 2010 waren die Einführung von Hartz IV und verschärfte Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose sowie die Förderung «atypischer Beschäftigungsformen». Die Agenda 2010 wurde gegen den Protest der Zivilgesellschaft umgesetzt und hat wesentlich zum Niedergang der SPD beigetragen, die in der Wählergunst abstürzte. Die Reformen kamen den Arbeitgeber*innen zugute: durch sinkende Lohn(neben)kosten und höheren Druck auf Arbeitende wie Arbeitslose.

Armut: In Deutschland gilt als arm, wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verdient und aufgrund dessen weniger Möglichkeiten der Teilhabe an gesellschaftlich üblichen Dingen und Aktivitäten hat. Arm sind in Deutschland v. a. Alleinerziehende, Kinder sowie Rentner*innen. Frauen sind stärker von Armut betroffen als Männer.

Atypische Beschäftigung: Sammelbezeichnung für Arbeitsverhältnisse, die nicht dem «Normalarbeitsverhältnis» entsprechen: Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeit, Minijobs. Oft werden auch «neue» Selbstständigkeiten wie Werkverträge und Solo-Selbstständigkeit hinzugezählt. Viele der seit den 1980er Jahren neu geschaffenen Stellen sind «atypisch». Mit einem Anteil von knapp 40 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse ist «atypisch» heute fast schon «normal». Atypische Beschäftigung ist nicht immer, aber oft prekär.

Digitalisierung: Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen heute ganz neue Formen der Vernetzung und des Einsatzes von «intelligenten» Maschinen. Gegenstände bzw. Maschinen erheben selbst Daten, analysieren sie und tauschen sie aus, Produktionsanlagen steuern sich selbst, Zulieferer, Produzenten und Märkte gleichen über weite Entfernungen Bedarfe selbstständig ab, ordern und organisieren den Nachschub usw. In der Produktion wird oft auch von «Industrie 4.0» gesprochen, da nach der Mechanisierung durch Dampfkraft, der Massenfertigung durch das Fließband und der Automatisierung

durch den Computer die Digitalisierung nun eine vierte «industrielle Revolution» einläute.

Hartz IV: Peter Hartz leitete im Rahmen der Agenda 2010 die Kommission zur Reform der arbeitsmarktbezogenen Sozialgesetze und der Arbeitsvermittlung. Nach ihm sind die daraus entstandenen Gesetze benannt. Das vierte Hartz-Gesetz führte zum 1. Januar 2005 eine neue «Grundsicherung für Arbeitssuchende» ein: das Arbeitslosengeld II (ALG II). Hartz IV ersetzt die zuvor gewährte Arbeitslosenhilfe. Sie war als Versicherungsleistung (wie das ALG I) vom vorherigen Gehalt abhängig und sollte ein stufenweises Absinken auf Sozialhilfeniveau ermöglichen. Seit der Reform bekommen bedürftige Arbeitslose nur noch Leistungen, die zum Teil unter Sozialhilfeniveau liegen. Zugleich erhalten alle arbeitsfähigen Sozialhilfeberechtigten ebenfalls Hartz IV. Mit Hartz IV wurden zudem wesentliche Verschärfungen eingeführt, was die Bedürftigkeitsgrenze, aber auch die Zumutbarkeit von Arbeit oder Sanktionen und Leistungskürzungen betrifft. Andere Einkommen, z. B. der im Haushalt lebenden Personen, aber auch Kindergeld und Elterngeld, vermindern den Hartz-IV-Satz.

Leiharbeit: Offiziell Arbeitnehmerüberlassung, oft auch als Zeitarbeit bezeichnet. Der bzw. die Arbeitnehmer*in (Leiharbeiter*in) wird von einer Leiharbeitsfirma (Verleiher) einem Betrieb (Entleiher) zeitweise gegen ein Entgelt überlassen. Leiharbeit sollte ursprünglich ermöglichen, kurzfristige Auftragsspitzen abzudecken. Seit 1985 wurden die Einsatzmöglichkeiten in Deutschland schrittweise gesetzlich erweitert und Beschränkungen aufgehoben. Unternehmen nutzen Leiharbeit seitdem zum Teil, um die Stammbelegschaft durch günstigere und flexible Leiharbeiter*innen zu ersetzen. Seit den 1990er Jahren hat sich die Zahl der Leiharbeiter*innen fast verfünffacht. Zwei Drittel der Leiharbeiter*innen beziehen einen Niedriglohn. Aufgrund dessen wird heute über die Wiedereinführung von Beschränkungen diskutiert.
→ siehe auch atypische Beschäftigung

Medianeinkommen: Auch mittleres Einkommen genannt. Sortiert man die Bevölkerung nach Einkommen, so ist das Medianeinkommen die Summe, bei der genau gleichviele Menschen jeweils mehr und weniger verdienen. 2015 lag das Medianeinkommen laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bei 1.671 Euro pro Monat netto. Das Medianhaushaltseinkommen bleibt gleich, selbst wenn Einkommen unten und oben sinken oder ansteigen. Es sagt nichts über das

Durchschnittseinkommen aus, also das Gesamteinkommen pro Kopf gerechnet. Letzteres ist in der Regel wesentlich höher als das Medianeinkommen, da die hohen Einkommen sehr hoch sind und den Schnitt nach oben ziehen.

Mindestlohn: 2015 wurde in Deutschland erstmals ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde (brutto) eingeführt – allerdings mit vielen Ausnahmen (z. B. für Langzeitarbeitslose, Pflichtpraktika, tarifliche Ausnahmen). Bis 2019 wurde der Mindestlohn auf 9,19 Euro angehoben. Er ist damit nicht nur im Vergleich zu den europäischen Nachbarn gering, sondern liegt auch unter der Niedriglohngrenze. Ein existenzsichernder Mindestlohn, der nicht nur die Unabhängigkeit von Sozialtransfers, sondern auch eine Rente über Grundsicherungsniveau gewährleisten würde, müsste heute bei 11 bis 12 Euro/Stunde liegen.

Minijob: Geringfügige Beschäftigung, bei der das Gehalt eine bestimmte Grenze (momentan 450 Euro/Monat) nicht überschreitet – die Arbeitszeit ist dabei egal. Minijobber*innen bezahlen keine Abgaben, für sie ist brutto gleich netto. 90 Prozent der Minijobber*innen arbeiten zu einem Niedriglohn. Sie erwerben keine Ansprüche im Fall von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit/Alter. Obwohl umstritten, wurden mit der Agenda 2010 Minijobs gefördert. Das Ziel, Langzeitarbeitslosen den beruflichen Wiedereinstieg zu ermöglichen, wurde nicht erreicht. 2018 arbeiteten laut Bundesagentur für Arbeit ca. 7,9 Millionen Menschen in Deutschland (knapp ein Viertel der Beschäftigten) in einem Minijob, v. a. in Leiharbeit, Gastronomie, Sozialwesen und Handel. Für ca. fünf Millionen davon ist das der einzige Job. Das lohnt sich für die Arbeitgeber*innen: Sie bekommen günstige und vor allem flexible Arbeitskräfte.

Mittelschicht: → siehe Schichtenmodell der Gesellschaft

Neoliberal/neoliberale Politik: Bezeichnet eine v. a. wirtschaftswissenschaftliche Denkrichtung, die behauptet, Markt- und Konkurrenzmechanismen lösten soziale Probleme am besten. Neoliberale fordern, der Staat solle in erster Linie gute Rahmenbedingungen für Unternehmen schaffen, indem er v. a. Steuern und Abgaben sowie Sozial- und Umweltstandards senkt. Als neoliberal wird eine Politik bezeichnet, die soziale Errungenschaften und Rechte abbaut, da diese die Wirtschaft angeblich einschränkten. Ebenso werden öffentliche Güter privatisiert und Freihandel auf globaler Ebene erzwungen, u. a. mithilfe von Insti-

tutionen wie der Weltbank und dem Internationalem Währungsfond (IWF). Regional, national und global verschafft eine neoliberale Politik v. a. großen Konzernen Vorteile.

Niedriglohn: Stundenentgelt von weniger als zwei Drittel des Medianlohns (→ siehe Medianeinkommen, allerdings werden beim Medianlohn nur Lohneinkommen berücksichtigt). Rund 23 Prozent aller Arbeitnehmer*innen in Deutschland arbeiteten laut DIW 2017 zu einem Niedriglohn, v. a. Frauen im Dienstleistungsbereich. Durch den Mindestlohn hat sich dies kaum geändert – denn mit aktuell 9,19 Euro/Stunde (brutto) liegt er unter der Niedriglohngrenze. Diese lag laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion im Jahr 2017 in Deutschland bei 10,50 Euro/Stunde (brutto). Nach dem prognostizierten Rentenniveau für 2045 wären nach Angaben des WSI der Hans-Böckler-Stiftung ein Stundenlohn von 13,06 Euro und 45 Beitragsjahre notwendig, um eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erreichen.

Nivellierte Mittelstandsgesellschaft: Der Begriff wurde von dem konservativen Soziologen Helmut Schelsky 1953 eingeführt. Er behauptete, dass sich durch vermehrte Auf- und Abstiege die Klassen sozusagen in der Mitte träfen – Arm und Reich sich also anglichen. Ähnlich stellte dies Karl Martin Bolte in einem Zwiebelmodell der Gesellschaft dar: Es gibt demnach kaum oben und unten, dafür aber viele Schichten, die weder besonders privilegiert noch besonders unterprivilegiert sind. Tatsächlich konnten durch das «Wirtschaftswunder» alle Schichten gewinnen, ohne dass die erheblichen Ungleichheiten verschwanden – der Abstand zwischen Arm und Reich blieb ähnlich groß.

Normalarbeitsverhältnis: Gemeint ist in der Regel ein unbefristetes, sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis in Vollzeit. Obwohl der Anteil der davon abweichenden «atypischen Beschäftigungen» zunimmt – inzwischen sind fast 40 Prozent aller Jobs «atypisch» – sind Schutzvorschriften und soziale Absicherung weiterhin stark auf das sogenannte Normalarbeitsverhältnis ausgerichtet.

Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes): Das Bündnis organisiert seit Oktober 2014 meist montags Demonstrationen in Dresden gegen eine vermeintliche Islamisierung und die Einwanderungs- und Asylpolitik der Regierung. Neonazis und Hooligans laufen dabei offen sichtbar mit und die Initiator*innen äußern sich klar rassistisch. Im Umfeld der Demonstrationen häufen

sich Übergriffe auf als Ausländer*innen wahrgenommene Menschen, Journalist*innen oder Andersdenkende. In zahlreichen deutschen Städten bildeten sich zwischenzeitlich Ableger von Pegida, die allerdings nur selten größere Menschenmengen mobilisieren konnten und inzwischen überwiegend bedeutungslos geworden sind.

Prekär: Prekär bedeutet «unsicher» oder «durch Bitten erlangt». Als prekär wird eine Lebenslage bezeichnet, in der das Einkommen gering oder die Abhängigkeit von anderen oder dem Staat groß ist. Der Job, die Wohnung, die eigene Gesundheit sind unsicher, zusätzlich fehlt es oft an Anerkennung oder am Glauben an den Wert der eigenen Arbeit. Die Rahmenbedingungen des Lebens machen Zukunftsplanung nahezu unmöglich, denn sie können sich ständig ändern und führen vor Augen, dass der eigene gesellschaftliche Status ständig bedroht ist.

Prekariat: Es ist schwierig, eine Gruppe als das «Prekariat» zu bezeichnen. Mal wird die «abgehängte Unterschicht» mal die «verunsicherte Mittelschicht» als Prekariat bezeichnet. Gemeinsam ist den Gruppen eine Betroffenheit von Prozessen der Prekarisierung.

Prekarisierung: Prekarisierung bezeichnet eine Entwicklung, in der bisher geltende Sicherheiten abgebaut werden und Unsicherheit zunimmt. In Deutschland werden in den letzten Jahrzehnten sozialstaatliche Sicherheiten abgebaut, der Arbeitsmarkt wird flexibilisiert und Arbeitsschutzvorschriften greifen seltener. Nicht nur befinden sich immer mehr Menschen in prekären Lebenslagen, sondern auch eine Grundstimmung der Unsicherheit und Abstiegsängste haben stark zugenommen.

Reproduktion: Als Reproduktion wird in den Sozialwissenschaften die Aufrechterhaltung und stetige Wiederherstellung des Lebens, der Arbeitskraft und der Gesellschaft bezeichnet. Dem Bereich zugerechnet werden bspw. Erholung und Muße, aber auch Tätigkeiten im Haushalt, in der Erziehung oder Pflege sowie Tätigkeiten, die der ökologischen Nachhaltigkeit dienen. In den letzten Jahren ist häufig von der «Krise der Reproduktion» die Rede, d. h. davon, dass die Rahmenbedingungen für eine gelingende oder gute Reproduktion aktuell schwieriger werden. → siehe Prekarisierung

Schichtenmodell der Gesellschaft: Das Schichtenmodell ist eine Möglichkeit, Gesellschaft zu beschreiben. Eine soziale Schicht soll

Personen mit gleichem oder ähnlichem sozialem Status umfassen, z. B. aufgrund von Bildung, Beruf oder Einkommen; diese werden hierarchisch angeordnet in Unter-, Mittel- und Oberschicht. Oft werden Schichten nach Einkommen abgegrenzt, z. B. zählt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) je nach Studie Menschen, die zwei Drittel bis das Eineinhalbfache oder Doppelte des mittleren Einkommens (Medianeinkommen) verdienen, zur «Mittelschicht». Es gibt verschiedene Einwände gegen das Schichtenmodell: (1) Es suggeriert, es gäbe klar abgrenzbare Gruppen, die im Innern relativ einheitlich sind. (2) Trotz der klaren Abgrenzung der Schichten wird oft der Eindruck der Durchlässigkeit dieser Schichten vermittelt, so als sei es leicht möglich, durch eigene Anstrengung den Aufstieg zu schaffen. (3) Mit der Einteilung geht oft eine Bewertung bzw. Stigmatisierung der «Unterschicht» einher. Andere Gesellschaftsmodelle teilen eher nach Lebensstilen ein (Milieutheorie) oder nach der Abhängigkeit von Erwerbsarbeit in Klassen, die Produktionsmittel bzw. Kapital besitzen und solche, die nur ihre Arbeitskraft besitzen (Klassentheorie).

Solo-Selbstständigkeit: Solo-Selbstständige sind Selbstständige, die keine Mitarbeiter*innen beschäftigen. In manchen Branchen (z. B. Journalismus) schon lange üblich, breitet sich diese Form der Selbstständigkeit heute in weiteren Branchen aus. Seit Anfang der 1990er Jahre und beschleunigt durch die Förderung der Ich-AGs seit 2003, hat sich die Zahl der Solo-Selbstständigen auf ca. 2,3 Millionen im Jahr 2016 mehr als verdoppelt. Für Solo-Selbstständige gelten weder Mindestlohn noch Arbeitszeitbeschränkungen, geschweige denn bezahlter Urlaub oder die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.
→ siehe auch atypische Beschäftigung

Teilzeit: Arbeit, die regelmäßig kürzer ist als vergleichbare branchenübliche Vollzeitarbeit. Eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit ist eine alte Forderung, um Erwerbsarbeit mit Familie und anderen Interessen zu vereinbaren. Unter heutigen Bedingungen ist Teilzeit allerdings aufgrund des geringen Einkommens (oft im Niedriglohnbereich) und geringer Rentenansprüche meist prekär. Häufig ist sie auch unfreiwillig: Ca. 20 Prozent der Teilzeitarbeiter*innen würden lieber in Vollzeit arbeiten. Teilzeitarbeit nimmt kontinuierlich zu. Etwa ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland arbeitet heute in Teilzeit. 75 Prozent davon sind Frauen.
→ siehe auch atypische Beschäftigung

Unterschicht: → siehe Schichtenmodell der Gesellschaft

Vorrangprüfung: Verfahren zur Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zur Arbeitsaufnahme von ausländischen Arbeitnehmer*innen. Das deutsche Recht besagt, dass bei der Einstellung ausländischer Arbeitskräfte zunächst zu prüfen ist, ob sich für die Tätigkeit auch inländische Arbeitskräfte finden ließen. Dies macht die Einstellung ausländischer Arbeitnehmer*innen (momentan bspw. von Geflüchteten) häufig extrem kompliziert, zeitaufwendig und z. T. aussichtslos.

Werkvertrag: Ein Unternehmen vergibt die Erbringung einer bestimmten Leistung an ein Subunternehmen («Outsourcing»). In den letzten Jahrzehnten wurden dadurch oft ganze Bereiche, wie Reinigung, Kantinenbetrieb oder Wachschutz, ausgelagert – meist mit schlechteren Bedingungen. Im Bau und Fleischgewerbe, zunehmend auch in der Metall- und Elektroindustrie und im Einzelhandel werden Werkverträge oft auch an Solo-Selbstständige vergeben. Diese tragen die Kosten für Arbeitsmittel und soziale Absicherung selbst. Für sie gelten auch Mindestlohn, Arbeitszeitbeschränkungen und betriebliche Mitbestimmungsrechte nicht. Werkverträge und Leiharbeit waren in den letzten Jahrzehnten für Unternehmen Mittel zur Senkung der Lohnkosten und zur Spaltung und damit Schwächung der Macht der Belegschaft.

Wirtschaftswachstum: Wachstum bzw. Wirtschaftswachstum bezeichnet die Zunahme der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt, BIP). Da das BIP nur über Märkte gehandelte Waren und Dienstleistungen berücksichtigt, bleibt unbezahlte oder illegal geleistete Arbeit im Wachstum unsichtbar. Verursachte Folgekosten werden ebenfalls nicht einbezogen. BIP und Wachstum ermöglichen allein keine Aussage über die Verteilung des Reichtums oder über die Lebensbedingungen der Bevölkerung.

Wirtschaftsflüchtling: Oft abwertend verwendeter Begriff für Asylsuchende. In Deutschland wird nur politischen Verfolgten Asyl, d. h. dauerhafter Schutz, gewährt. Wer bspw. vor Krieg flieht, kann unter bestimmten Umständen vorübergehend als «Flüchtling» (gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention) in Deutschland bleiben. Nicht bleiben darf, wer aus wirtschaftlicher Not flieht. Rechtspopulist*innen behaupten, fast alle Geflüchteten seien «Wirtschaftsflüchtlinge», dabei wird tatsächlich etwa der Hälfte der Asylgesuche (zumindest vorübergehend) sattgegeben. Da die Grenzen nach Europa weitgehend dicht

sind, bedeutet Flucht fast immer, eine lange, kostspielige und oft traumatische Reise auf sich zu nehmen. Auch «Wirtschaftsflüchtlinge» haben dafür in der Regel handfeste Gründe. Darüber hinaus sind gerade die Industriestaaten wesentliche Verursacher der «wirtschaftlichen» Flucht – sei es durch Umweltzerstörung, Ausbeutung oder unfaire internationale Handelsabkommen.

Impressum
luxemburg argumente Nr. 12, 2., vollst. überarb. und aktual. Auflage
wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Gabriele Nintemann
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 2193-5831 · Redaktionsschluss: Juli 2019
Autorin: Stefanie Majer
Überarbeitung und Aktualisierung der 2. Auflage: Max Lill
Redaktion: Moritz Warnke
Illustration: Navid Thürauf · www.zersetzer.com
Mitarbeit Bildkonzept: Robin Jahnke
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

AKTUELLE VERÖFFENTLICHUNGEN

Christian Jakob
EINWANDERUNG WILLKOMMEN
Mythen und Lügen in der Flüchtlingspolitik – und warum Migration nicht das Problem ist
luxemburg argumente Nr. 17
1. Auflage, März 2019
72 Seiten
ISSN 2193-5831

Download unter:
www.rosalux.de/publikation/id/40142

Andrej Holm
MUSS WOHNEN IMMER TEURER WERDEN?
Mythen und Behauptungen über Wohnen, Mieten, Kaufen
luxemburg argumente Nr. 15
3., unveränderte Auflage
Januar 2019
48 Seiten
ISSN 2193-5831

Download unter:
www.rosalux.de/publikation/id/37487

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
Asylantrag